



# Die Energiewende in der Realität und in den Medien aus Sicht der Bevölkerung

Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Sommer 2023

  
TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
ILMENAU

  
**POWER<sup>2</sup>  
CHANGE**  
MISSION  
ENERGIE-  
WENDE

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Die Untersuchung wurde im Rahmen des Projekts  
„Wissenschaftskommunikation Energiewende“ realisiert.  
Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung  
gefördert (Förderkennzeichen: 03SF0625E).

**Impressum:**

Technische Universität Ilmenau  
Fachgebiet Empirische Medienforschung und Politische Kommunikation  
Ehrenbergstraße 29  
98693 Ilmenau

Redaktion und Gestaltung: Dr. Dorothee Arlt, Anne Marie Zang, Prof. Dr. Jens Wolling

Alle Rechte vorbehalten.

Bitte folgendermaßen zitieren: Arlt, D., Zang, A.M. & Wolling, J. (2024): Die Energiewende in der Realität und in den Medien aus Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Sommer 2023. Ilmenau. URL: <https://doi.org/10.22032/dbt.59541>  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:ilm1-2024200035>

Ilmenau, 14. Februar 2024

## Projektzusammenhang und Zielsetzung

Die vorliegenden Forschungsergebnisse sind im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts „Wissenschaftskommunikation Energiewende“ (Förderkennzeichen: 03SF0625E) entstanden. Das Projekt wird im Verbund von den folgenden Partnern durchgeführt: LWL-Industriemuseum in Hattingen, Klimahaus Bremerhaven 8° Ost, Wissenschaft im Dialog, DECHEMA, Carbon2Chem® gemeinsam mit Fraunhofer UMSICHT, Fraunhofer-Cluster CINES, Kopernikus-Projekte und das Fachgebiet Empirische Medienforschung und Politische Kommunikation der TU Ilmenau.

Hintergrund des Projekts ist die politische Zielsetzung, die Energieversorgung bis 2045 ausschließlich mit erneuerbaren Energien abzudecken, um die Klimaziele des Landes zu erreichen. Der wachsende Einsatz erneuerbarer Energien ist mit großen Herausforderungen verbunden. Um diese zu meistern und weiterhin eine sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung zu gewährleisten, arbeiten Wissenschaft und Forschung an technischen Innovationen und integrierten Lösungskonzepten. Deren Umsetzung bringt erhebliche Veränderungen mit sich, von denen sowohl Wirtschaft und Industrie als auch alle Bürgerinnen und Bürger direkt betroffen sind. Entsprechend hängt der Erfolg des angestrebten Transformationsprozesses nicht nur vom technologischen Fortschritt und den politischen Rahmenbedingungen, sondern auch von der Bereitschaft der gesamten Gesellschaft ab, diesen Wandel mitzutragen und sich aktiv daran zu beteiligen.

Genau hier setzt dieses Projekt an. In seinem Mittelpunkt stehen Konzeption und Durchführung der Ausstellung „[Power2Change: Mission Energiewende](#)“, die seit August 2022 an verschiedenen Standorten im Bundesgebiet aktuelle Forschung zur Energiewende präsentiert und durch zahlreiche Veranstaltungen und partizipative Angebote begleitet. Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Präsentation von Lösungsvorschlägen für die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen im Bereich der Industrie.

Das Ausstellungsprojekt wird seitens der TU Ilmenau durch ein kommunikationswissenschaftliches Forschungsprojekt begleitet, das zwei unterschiedliche Funktionen erfüllt:

Zum einen soll die Forschung zeigen, welchen Kenntnisstand, welche Einstellungen und welche Emotionen die Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Energiewende haben. Dazu wurde im August 2021 bereits eine bundesweite Online-Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse an anderer Stelle veröffentlicht wurden ([Arlt et al., 2022](#)). Die Befunde wurden u.a. dazu genutzt, die Ausstellung so zu gestalten, dass die Informationsbedürfnisse und Fragen der Besucherinnen und Besucher möglichst genau adressiert werden.

Zum anderen wird durch die Begleitforschung geprüft, inwieweit die im Projekt gesetzten Kommunikationsziele durch die Ausstellung erreicht werden. Hierzu werden an allen Ausstellungsorten Evaluationen durchgeführt. Um die Evaluationsergebnisse zu kontextualisieren, werden weitere bundesweite Befragungen realisiert. Sie dokumentieren die aktuelle Stimmung gegenüber der Energiewende in der breiten Bevölkerung und ermöglichen einen Vergleich mit den Einstellungen der Ausstellungsbesuchenden. Darüber hinaus geben sie einen Einblick in die Relevanz der verschiedenen Informationsquellen, durch die sich die Menschen über die Energiewende informieren. Solche Ergebnisse sind auch unabhängig vom Ausstellungskontext von öffentlichem Interesse, weshalb wir sie hier in der vorliegenden Form publizieren.

# Inhaltsverzeichnis

Zentrale Befunde auf einen Blick .....	5
1. Ausgangslage: Die Situation im Vorfeld der Befragung.....	7
2. Methode und Stichprobe .....	9
3. Politik und Energiewende: Interesse und Informationsverhalten .....	11
3.1 Themeninteresse .....	11
3.2 Politisches Informationsverhalten.....	11
3.3 Zufälliger Kontakt und gezielte Suche nach Informationen zur Energiewende .....	13
3.4 Persönliche Gespräche über die Energiewende.....	14
4. Wahrnehmung und Bewertung der Energieberichterstattung .....	15
4.1 Wahrnehmung von Aspekten der Energiewende in der Berichterstattung.....	15
4.2 Bewertung der medialen Berichterstattung über die Energiewende .....	17
4.3 Wahrnehmung von Verzerrungen in der Berichterstattung .....	17
5. Einstellungen zur Energiewende .....	19
5.1 Relevanz der Energiewende .....	19
5.2 Machbarkeit der Energiewende .....	20
5.3 Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen .....	21
5.4 Wahrgenommene Vorteile und Nachteile der Energiewende für die eigene Region.....	24
6. Zukunftsthemen der Energiewende.....	27
6.1 Zukünftige Veränderungen im Energiesystem .....	27
6.2 Zukunftstechnologie Grüner Wasserstoff .....	28
7. Bewertung der Rolle von Akteuren im Kontext der Energiewende .....	31
7.1 Einschätzung der Kompetenzen von Akteuren in Sachen Energiewende.....	31
7.2 Bewertung der Rolle von Wissenschaft und Industrie .....	31
7.3 Bewertung der Bundesregierung in Bezug auf die Energiewende.....	32
7.4 Energiewende-Verschwörungsglaube.....	33
8. Engagement im Kontext der Energiewende.....	35
9. Resümee .....	37
Abbildungen .....	40
Literatur .....	40

## **Zentrale Befunde auf einen Blick**

### **Interesse an der Energiewende und Informationsverhalten**

- Das generelle Interesse an Politik ist eng mit dem Interesse an der Energiewende verknüpft. Für sehr viele Menschen sind beides – Politik und Energiewende – wichtige Themen.
- Wichtigste Informationsquellen über politische Themen – und damit auch über die Energiewende – sind weiterhin die traditionellen Massenmedien. Allerdings werden auch soziale Medien von fast der Hälfte der Befragten als häufig genutzte Informationsquelle angegeben. Sogenannte „Alternative Medien“ – die häufig rechte, extremistische Ansichten verbreiten und zudem den Klimawandel leugnen – werden im Vergleich seltener genutzt. Dennoch gibt fast jeder siebte Befragte an, dass er auf die Informationen solcher Quellen mindestens einmal die Woche zugreift.
- Im Internet kommen viele Menschen eher zufällig mit Information zur Energiewende in Kontakt. Nur jeder Fünfte sucht häufig gezielt nach solchen Informationen.
- Für Teile der Bevölkerung spielt die Energiewende auch in ihrer interpersonalen Kommunikation eine wichtige Rolle. Jeder Dritte redet häufig im engeren Freundes- und Familienkreis über die Energiewende; für jeden Vierten ist sie auch im weiteren sozialen Umfeld ein häufig besprochenes Thema.

### **Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung über die Energiewende**

- In der Wahrnehmung der Menschen wird die Energiewende von den Medien mit einer Vielzahl von Themenaspekten in Verbindung gebracht. Besonders häufig trifft dies auf den Klimawandel zu, dicht gefolgt von den Energiekosten. Relativ selten nehmen die Menschen Beiträge wahr, in denen die Themen Wasserstoff oder Stromnetze in Zusammenhang mit der Energiewende dargestellt werden.
- Weniger als die Hälfte der Menschen hält die Berichterstattung über die Energiewende für vertrauenswürdig. Bei der Mehrheit löst sie Sorgen und Themenverdrossenheit aus. Nur rund ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass die Medien ausgewogen über verschiedene Aspekte der Energiewende berichteten. Die Mehrheit nimmt sie als verzerrt wahr, jedoch in unterschiedliche Richtungen.

### **Einstellungen zur Energiewende**

- Obwohl die Energiewende generell für ein wichtiges Thema gehalten wird, sind viele Menschen dennoch skeptisch, dass die mit ihr verbundenen Erwartungen in Bezug auf Klimaschutz und Energieunabhängigkeit erfüllt werden können. Häufig wird sogar die grundsätzliche Machbarkeit der Energiewende bezweifelt.
- Bezüglich der Akzeptanz von verschiedenen mit der Energiewende verbundenen Infrastrukturmaßnahmen zeigten sich deutliche Unterschiede: Während PV-Anlagen hohe Unterstützung erfahren, fällt diese beim Bau von Stromtrassen oder Windkraftanlagen an Land deutlich geringer aus. Maßnahmen, die das direkte Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger



betreffen, wie beispielsweise der Einbau von Smart Metern oder eine Installationspflicht von PV bei Neubauten, wird von rund der Hälfte unterstützt.

- Ob die Energiewende für die eigene Region eher von Vorteil oder von Nachteil ist, wurde anhand verschiedener Bewertungsdimensionen erfragt. Dabei zeigte sich, dass egal ob Naturschutz, Lebensqualität, Wirtschaftsentwicklung, Landschaftsschutz, Gesundheit oder Arbeitsplätze der Anteil derjenigen, die eher die Vorteile sehen, überwiegt gegenüber denjenigen, die eher die Nachteile sehen. Allerdings sind auch viele Menschen unschlüssig ob die Vorteile oder die Nachteile überwiegen.
- Bei den mit der Energiewende verbundenen Kosten zeigte sich hingegen ein recht einheitliches Meinungsbild: Höhere Kosten durch eine CO<sub>2</sub>-Abgabe werden abgelehnt und die finanziellen Belastungen durch die Energiewende werden zudem als sozial ungerecht verteilt kritisiert.

### **Wissen und Einstellungen zu Zukunftsthemen der Energiewende**

- Der Kenntnisstand über zukünftige Veränderungen im Energiesystem wie etwa den Einsatz von Power-to-X-Technologien oder die Flexibilisierung der Energienachfrage ist eher gering. Das trifft auch auf das Thema „Grüner Wasserstoff“ zu: Mehr als die Hälfte fühlt sich schlecht bis gar nicht über das Thema informiert. Trotzdem überwiegen bei den Befragten die positiven Einstellungen. Auch Infrastrukturmaßnahmen, die mit einem Ausbau der Wasserstoffwirtschaft verbunden sind, werden überwiegend positiv gesehen. Allerdings sind – gerade beim Thema Wasserstoff – viele Menschen bei der Beurteilung sehr unsicher, was auch mit dem niedrigen Wissen zusammenhängen dürfte.

### **Einstellungen zu den Akteuren, Verschwörungsglaube und Partizipation**

- Die Kompetenzen der verschiedenen Akteure, die mit der Energiewende befasst sind, werden von den Bürgerinnen und Bürgern zumeist sehr kritisch gesehen. Das gilt insbesondere für politische Akteure: Keine Partei wird als kompetent wahrgenommen und es herrscht große Unzufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung in diesem Politikfeld. Nur der Wissenschaft wird von der Mehrheit der Befragten Vertrauen entgegengebracht: Sie wird als kompetent angesehen und es wird ihr attestiert, dass sie einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leistet.
- Neben dem fehlenden Vertrauen in die zentralen Akteure der Energiewende zeigte sich zudem, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung sogar der Auffassung ist, dass es sich bei der Energiewende um eine politische Verschwörung handle, die von geheimen Mächten gesteuert werde.
- Mit der Energiewende verbinden viele Menschen Gefühle der Ohnmacht und Einflusslosigkeit. Tatsächlich hat eine große Mehrheit den Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Bundesregierung nehmen können. Zudem werden die eigenen Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Energiewende von vielen in Zweifel gezogen. Tatsächlich beteiligen sich auch nur wenige an der politischen Debatte, indem sie beispielsweise an politischen Aktionen teilnehmen oder sich durch Meinungsbeiträge öffentlich einbringen.

## 1. Ausgangslage: Die Situation im Vorfeld der Befragung

Um die Ergebnisse der Befragung besser einordnen zu können, werden in diesem Abschnitt die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen skizziert, welche die öffentliche Debatte über die Energiewende im Vorfeld der Befragung geprägt haben.

Seit Dezember 2021 wird Deutschland von dem als Ampelkoalition bezeichneten Regierungsbündnis bestehend aus SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN regiert. Nur wenige Monate nach der Regierungsübernahme begann im Februar 2022 der russische Überfall auf die Ukraine, der die enorme Abhängigkeit Deutschlands von Erdgasimporten aus Russland deutlich machte. Zwar gelang es, trotz dieser Abhängigkeit, in kurzer Zeit andere Versorgungsquellen zu erschließen und Versorgungsengpässe zu verhindern, allerdings nicht ohne deutlich erhöhte Energiepreise. Um die finanziellen Belastungen der Bevölkerung durch die Energiepreisentwicklung sozial abzufedern, führte die Bundesregierung die sogenannte Energiepreisbremse ein und zahlte an bestimmte Bevölkerungsgruppen eine Energiepreispauschale aus. Gleichzeitig wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die befürchteten Energieengpässe im Winter 22/23 zu verhindern: So wurde nach heftigen Diskussionen der Abschalttermin für die letzten noch laufenden deutschen Atomkraftwerke um drei Monate nach hinten verschoben. Zusätzlich wurden Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt – was klimapolitisch sehr umstritten war.



Neben diesen unmittelbaren Reaktionen auf die Energiekrise, brachte die Bundesregierung aber auch eines der zentralen energiepolitischen Vorhaben der Ampelkoalition auf den Weg, eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), welche die Voraussetzungen für den massiven Ausbau von Windkraft und Photovoltaik sowie der anderen für die Energiewende notwendigen Infrastrukturmaßnahmen schaffte.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juni 2023 war die Energiewende ein prominentes und kontrovers diskutiertes Thema, vor allem im Zusammenhang mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG),

dem sogenannten Heizungsgesetz. Der im April 2023 den Medien zugespielte Entwurf des GEG wurde in den darauffolgenden Wochen sehr intensiv diskutiert und von Teilen der Medien mit heftiger Kritik bedacht. Auch innerhalb der Regierungskoalition war das Gesetzesvorhaben höchst umstritten und erst nach einer anhaltenden kritischen Debatte konnte die Koalition nach der Sommerpause eine Einigung erzielen. Die Debatte fand vor dem Hintergrund der immer noch deutlich spürbaren Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine statt (hohe Inflationsrate, merklich gestiegene Preise für Energie und Lebensmittel), wodurch die mit der Energiewende verbundenen sozialen und ökonomischen Fragen noch stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte rückten.



Gleichzeitig wurde auch über Klimathemen diskutiert, da sich die Koalition im Juni 2023 auf einen Entwurf zur Klimaschutzgesetz-Novelle einigte, in dem – stärker als bisher – auch die zukünftigen Treibhausgasemissionen in den Blick genommen werden (BMWK, 2023). Ferner standen die andauernden Proteste der Letzten Generation im Fokus der Berichterstattung, da Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten über Monate hinweg Straßenblockaden in ganz Deutschland durchführten, um für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu demonstrieren. Die Aktionen führten zuteilweise handgreiflichen Reaktionen von Fahrzeugführern und heftigen medialen Debatten über (Klima-)Aktivismus in Deutschland.

Insgesamt lässt sich im Vorfeld der Befragung eine Polarisierung über grüne Themen beobachten. Zudem haben die heftigen Diskussionen innerhalb der Koalition – nicht nur über das Heizungsgesetz - zu einer merklichen Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der Regierung geführt. Allerdings profitieren weder CDU/CSU als größte Oppositionspartei, noch DIE LINKE davon, sondern ausschließlich der AfD, die in Meinungsumfragen deutliche Zugewinne erzielte (Forschungsgruppe Wahlen e.V., 2023a, 2023b).



## 2. Methode und Stichprobe

Die Datenbasis der nachfolgend präsentierten Analysen ist eine vom Forschungsteam des Fachgebiets Empirische Medienforschung und Politische Kommunikation (EMPK) der TU Ilmenau konzipierte bundesweite Befragung, die mittels des Online-Access-Panels der respondi AG (ISO-zertifiziert, 20252:2019) vom 9. bis 29. Juni 2023 durchgeführt wurde. Die Stichprobenziehung erfolgte anhand einer nach Geschlecht, Alter und Bildung geschichteten Quotenauswahl. Grundgesamtheit sind die deutschsprachigen, im Gebiet der Bundesrepublik wohnhaften Online-Nutzerinnen und -Nutzer im Alter von 16 bis 65 Jahren. Insgesamt wurden 2701 Menschen befragt. Eine Gewichtung der Daten wurde nicht vorgenommen.

Die Entscheidung jüngere Menschen (ab 16 Jahren), jedoch keine Personen, die älter als 65 Jahre sind, in die Studie einzubeziehen, wurde vor dem Hintergrund des in der Einleitung geschilderten Projektzusammenhangs getroffen. Sie beruht auf der Annahme, dass vor allem jüngere Menschen sowie Personen, die im Berufsleben stehen, sich mit den anstehenden Veränderungen durch die Energiewende auseinandersetzen müssen, und der Erfolg bzw. Misserfolg der Energiewende ganz wesentlich von dieser Altersgruppe abhängt. Deswegen werden durch die Ausstellung und die Begleitkommunikation vor allem diese Personengruppen angesprochen.

Informationen zu einigen grundlegenden demografischen, ökonomischen und sozialen Merkmalen der Befragten, die im Kontext des Forschungsinteresses relevant sein können, sind in Tabelle 1 dargestellt. Demnach beträgt das Durchschnittsalter der Befragten 43 Jahre, 23 Prozent sind jünger als 30 Jahre, 39 Prozent sind 30 bis 49 Jahre, und 38 Prozent sind älter. Von den Teilnehmenden haben 26 Prozent eine einfache formale Bildung, 33 Prozent einen mittleren und 41 Prozent einen höheren Bildungsabschluss.

In den neuen Bundesländern leben 15 Prozent der Befragten, in den alten Bundesländern 85 Prozent. Die meisten (42%) wohnen innerhalb oder am Rand einer Großstadt. Von den übrigen Befragten leben 35 Prozent in einer mittelgroßen Stadt oder Kleinstadt und 23 Prozent auf dem Dorf oder einem alleinstehenden Haus auf dem Land.

Die Mehrheit der Befragten wohnt zur Miete (58%). 32 Prozent lebt in einem Eigenheim und 10 Prozent in einer Eigentumswohnung. Die meisten Befragten heizen mit fossilen Energien. Zumeist haben sie eine Gas- oder Ölheizung (61%), nur wenige (2%) nutzen Kohle zum Heizen. 20 Prozent werden durch Fernwärme versorgt. Deutlich seltener heizen die Befragten mit Wärmepumpen (7%) oder Solarthermie (5%). Für die Mobilität steht zwei Dritteln der Befragten (66%) mindestens ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor (Benziner, Diesel, PKW mit Gasantrieb) im Haushalt zur Verfügung. Der Anteil der Befragten mit Elektro-Autos, Plug-In-Hybriden und Hybridfahrzeugen im Haushalt beträgt jeweils um die fünf Prozent. Knapp ein Viertel (24%) der an der Untersuchung teilnehmenden Personen hat kein Auto im Haushalt.

Bezüglich ihrer politischen Einstellung ordnen sich die meisten Befragten (45%) selbst in der politischen Mitte ein. Die übrigen tendieren in nahezu gleichen Anteilen zum linken (27%) und zum rechten (28%) politischen Spektrum.

**Tabelle 1: Stichprobenmerkmale**

<b>Geschlecht</b>			
Männlich	1331	49%	
Weiblich	1350	50%	
Divers	20	1%	
<b>Altersgruppen</b>			
16 bis 29-Jährige	617	23%	
30 bis 39-Jährige	541	20%	
40 bis 49-Jährige	512	19%	
50 bis 59-Jährige	679	25%	
60 bis 65-Jährige	352	13%	
<b>Formale Bildung</b>			
Einfach	690	26%	
Mittel	899	33%	
Hoch	1112	41%	
<b>Monatliches Nettoeinkommen pro Haushalt</b>			
niedrig (unter 1.000 €)	282	11%	
mittel (1.000 bis zu 3.000 €)	1053	43%	
hoch (mehr als 3.000 €)	1134	46%	
<b>Bundesländer</b>			
neue Bundesländer	405	15%	
alte Bundesländer	2296	85%	
<b>Wohnumgebung</b>			
Großstadt (Zentrum, Randgebiet, Vorort)	1143	42%	
Stadt oder Kleinstadt	929	35%	
Dorf	598	22%	
alleinstehender/s Bauernhof oder Haus auf dem Land	23	1%	
<b>Wohnsituation</b>			
zur Miete (Wohnung/Haus)	1482	58%	
Eigentumswohnung	246	10%	
Eigenheim	807	32%	
<b>Heizung im Haushalt (Mehrfachauswahl möglich)</b>			
Gas-/Ölheizung	1655	61%	
Fernwärme	548	20%	
Holz/-Pelletheizung / Kaminofen.	292	11%	
Wärmepumpe	189	7%	
Solarthermie	133	5%	
Kohleöfen	52	2%	
<b>PKW pro Haushalt (Mehrfachauswahl möglich)</b>			
Elektro-Auto	173	6%	
Plug-In-Hybrid	126	5%	
Hybridfahrzeug	144	5%	
Benziner/Diesel/PKW mit Gasantrieb	1793	66%	
Kein Auto	643	24%	
<b>Politische Orientierung</b>			
Links	655	27%	
Mitte	1071	45%	
Rechts	662	28%	

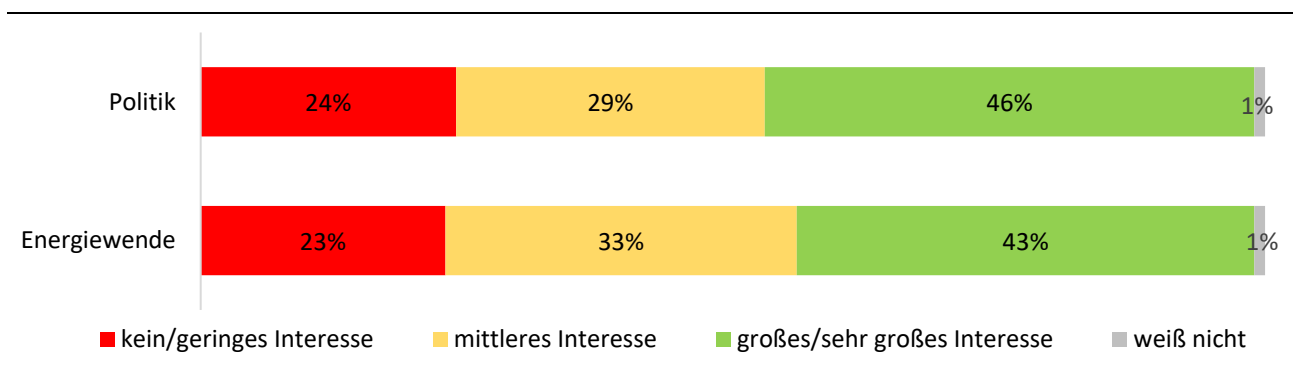
### 3. Politik und Energiewende: Interesse und Informationsverhalten

#### 3.1 Themeninteresse

Die Energiewende beschreibt nicht nur einen gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess, sondern sie ist auch ein hochgradig politisches Thema. Aus diesem Grund wurden die Teilnehmenden zunächst allgemein zu ihrem Interesse an Politik und dann speziell zu ihrem Interesse an der Energiewende befragt.

Wie die Ergebnisse in Abbildung 1 zeigen, ist das Interesse an beiden Themenbereichen in der Bevölkerung annähernd gleich groß: 46 Prozent der Befragten haben ein großes oder sehr großes generelles Interesse an Politik; bei der Energiewende sind es 43 Prozent. Aber nicht nur die Verteilungen sind ähnlich, eine starke Korrelation ( $r = .60$ ;  $p < .001$ ) zwischen den beiden Interessensvariablen zeigt an, dass diejenigen, die ein größeres Interesse an Politik haben, sich tendenziell auch stärker für die Energiewende interessieren und umgekehrt. Politik und Energiewende sind für die Menschen eng miteinander verknüpft, weshalb es von Interesse ist zu erfahren, aus welchen Informationsquellen sich die Bürgerinnen und Bürger über Politik informieren. Die Ergebnisse hierzu werden im nachfolgenden Abschnitt präsentiert.

Abbildung 1: Themeninteresse



Frage: Ganz generell: Wie groß ist Ihr Interesse an den folgenden Themenbereichen?

Anmerkung. n = 2701. kein/geringes Interesse (1-2); mittleres Interesse (3); großes/sehr großes Interesse (4-5)

#### 3.2 Politisches Informationsverhalten

Eine der zentralen Aufgaben der Medien ist es, die Menschen über Politik zu informieren. In diesem Zusammenhang wird auch von der Informationsfunktion der Medien gesprochen. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger vor allem deshalb auf die Medien als Informationsquelle über Politik angewiesen, weil sich viele politische Themen, Entscheidungen und Prozesse ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt entziehen. Deswegen wurden die Teilnehmenden gefragt, wie häufig sie verschiedene Medienangebote nutzen, um sich über politische Themen zu informieren. Neben den traditionellen Massenmedien wie Rundfunk und Presse wurde auch die Nutzung von sozialen Netzwerken, News-Portalen, Videoplattformen, Blogs und sogenannter „alternativer Medienangebote“ mit einbezogen (Tabelle 2).

Mit Blick auf die journalistischen Medien wird deutlich, dass insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen weiterhin für die Menschen eine bedeutsame politische Informationsquelle ist. Die

Hälfte der Befragten informiert sich mindestens mehrmals pro Woche aus Informationsangeboten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens über politische Themen. Auf den Rängen 2 und 3 folgen die privaten Sender sowie lokale und regionale Zeitungen. Diese werden von 42 Prozent bzw. von 36 Prozent der Befragten mindestens mehrmals pro Woche genutzt, um sich über Politik zu informieren. Boulevardzeitungen wie die BILD spielen im Vergleich dazu eine deutlich geringere Rolle. Die Mehrheit (52%) nutzt diese Medienangebote sogar nie, um sich über politische Themen zu informieren.

Des Weiteren werden aber auch soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter regelmäßig genutzt, um sich über politische Themen zu informieren. Knapp die Hälfte (49%) informiert sich mehrmals pro Woche mit Hilfe solcher Plattformen. Es folgen News-Portale und Videoplattformen, die von 38 bzw. 36 Prozent mehrmals pro Woche als Informationsquelle für politische Themen genutzt werden. Im Vergleich dazu werden nur wenige Personen über Blogs und Online-Foren (17 %) sowie alternative Medienangebote (14 %) mehrmals pro Woche erreicht.

Vergleicht man die Angaben zur Nutzung traditioneller Medien und sozialer Medien, dann stellt man fest, dass die sozialen Medien schon fast die Bedeutung der traditionellen Medien als politische Informationsquelle erreicht haben.

**Tabelle 2: Politisches Informationsverhalten**

	mindestens mehrmals pro Woche	seltener	nie	weiß nicht
<b><u>Journalistische Massenmedien</u></b>				
Öffentlich-rechtliches Fernsehen wie ARD oder ZDF und ihre Onlineangebote	<b>50%</b>	30%	19%	1%
Privates Fernsehen wie RTL oder SAT.1 und ihre Onlineangebote	<b>42%</b>	35%	22%	1%
Lokale und regionale Zeitungen und ihre Onlineangebote	<b>36%</b>	37%	25%	2%
Überregionale Zeitungen und Nachrichtenmagazine und ihre Onlineangebote	27%	36%	36%	2%
Boulevardzeitungen wie BILD und ihre Onlineangebote	19%	28%	<b>52%</b>	1%
<b><u>Soziale und alternative Medien</u></b>				
Facebook, Twitter oder andere soziale Netzwerke	<b>49%</b>	19%	31%	2%
News-Portale wie Google News	38%	31%	29%	2%
YouTube oder ähnliche Videoplattformen	36%	31%	32%	1%
Blogs und Online-Foren	17%	29%	<b>52%</b>	2%
Alternative Medienangebote (z.B. PI News, ServusTV oder Junge Freiheit)	14%	21%	<b>63%</b>	2%

*Frage:* Wie häufig nutzen Sie die nachfolgend aufgelisteten Medienangebote, um sich über politische Themen zu informieren?

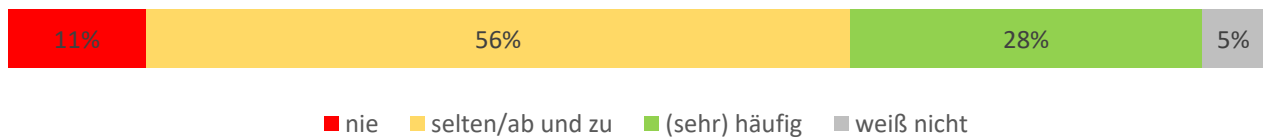
*Anmerkung.* n = 2701. mindestens mehrmals pro Woche = (mehrmals täglich/täglich/mehrmals pro Woche); seltener = (seltener als einmal pro Monat/ etwa einmal pro Monat / mehrmals pro Monat); nie = nie

### 3.3 Zufälliger Kontakt und gezielte Suche nach Informationen zur Energiewende

Bei der Nutzung von Medien als Informationsquelle lässt sich grundsätzlich zwischen einem zufälligen, nicht-intendierten Kontakt mit Nachrichten und Informationen und einem intendierten Kontakt durch die gezielte Suche nach Nachrichten und Informationen unterscheiden.

Die Befunde in Abbildung 2 verdeutlichen, dass 28 Prozent der Befragten (sehr) häufig im Internet per Zufall mit Nachrichten und Informationen zur Energiewende in Kontakt kommt, obwohl sie eigentlich aus einem anderen Grund online gegangen sind. Nur 11 Prozent kommen im Internet auf diese Weise nie mit dem Thema Energiewende in Kontakt.

**Abbildung 2: Zufällige Rezeption von Nachrichten zur Energiewende**

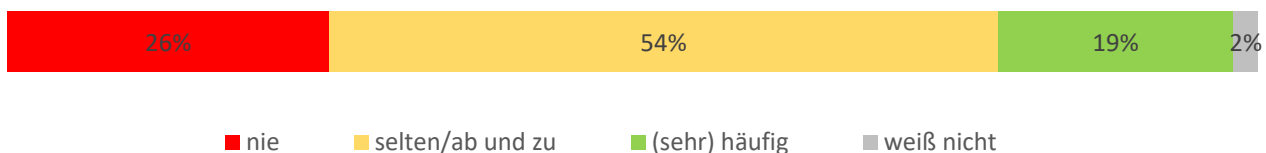


*Frage:* Wenn Sie online gehen, stoßen Sie dann manchmal zufällig auf Nachrichten oder Informationen zur Energiewende, obwohl Sie eigentlich aus einem anderen Grund online gegangen sind?

*Anmerkung.* n = 2701.

Fast entgegengesetzt ist die Prozentverteilung bei den Antworten auf die Frage nach der gezielten Suche nach Nachrichten und Informationen zur Energiewende (Abbildung 3). Hier ist der Anteil derjenigen am geringsten, die (sehr) häufig gezielt nach Informationen zum Thema suchen (19%), während der Anteil der Personen, die nie gezielt nach Informationen suchen, im Vergleich etwas höher ausfällt (26%). Insgesamt besteht ein starker positiver Zusammenhang zwischen dem Interesse an der Energiewende und der Intensität der *aktiven* Suche nach Informationen zu diesem Thema ( $r = .62$ ;  $p < .001$ ). Im Vergleich dazu ist die Korrelation zwischen Themeninteresse und *zufälligen* Kontakten deutlich geringer ( $r = .36$ ;  $p < .001$ ). Allerdings zeigt sich, dass selbst bei *zufälligen* Kontakten das thematische Interesse ein wichtiges Selektionskriterium darstellt.

**Abbildung 3: Gezielte Nachrichten- und Informationssuche zur Energiewende**



*Frage:* Wie häufig suchen Sie in den Medien gezielt nach Nachrichten oder Informationen zur Energiewende?

*Anmerkung.* n = 2701.



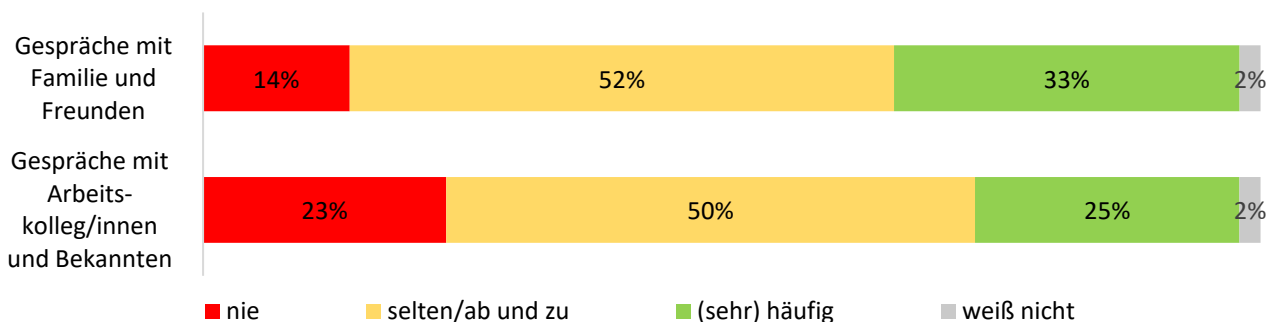


### 3.4 Persönliche Gespräche über die Energiewende

Für viele Menschen sind nicht nur die Medien, sondern auch persönliche Gespräche eine wichtige Informationsquelle über Politik. Vor diesem Hintergrund wurden die Teilnehmenden gefragt, wie häufig sie in persönlichen Gesprächen mit dem Thema Energiewende in Kontakt kommen.

Wie die Ergebnisse in Abbildung 4 verdeutlichen, ist die Energiewende für einen nennenswerten Teil der Bevölkerung ein relevanter Gegenstand interpersonaler Kommunikation. Ein Drittel der Befragten unterhält sich darüber (sehr) häufig mit Familie und Freunden. Ein Viertel kommt zudem (sehr) häufig in persönlichen Gesprächen mit Arbeitskollegen und Bekannten mit dem Thema in Kontakt. Rund die Hälfte unterhält sich zumindest selten mit Menschen aus dem näheren oder weiteren persönlichen Umfeld über die Energiewende. Nur zwölf Prozent der Bevölkerung kommt weder im Familien- noch im Arbeitsumfeld in persönlichen Gesprächen mit dem Thema Energiewende in Berührung.

**Abbildung 4: Kontakt zum Thema Energiewende**



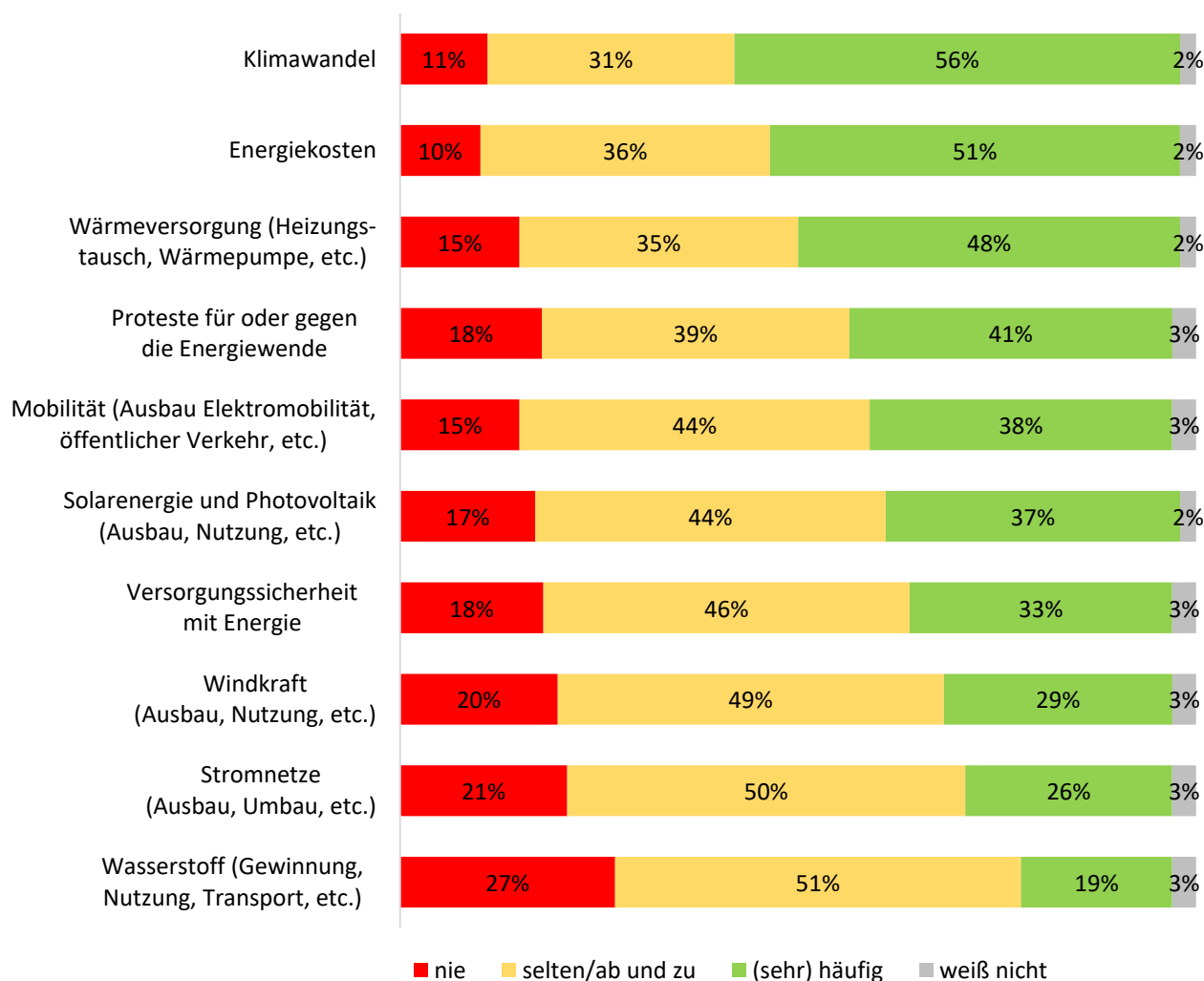
Frage: Wie häufig kommen Sie bei den nachfolgenden Gelegenheiten mit dem Thema Energiewende in Kontakt?

Anmerkung. n = 2701



Mit etwas Abstand folgt die wahrgenommene mediale Thematisierung anderer Aspekte der Energiewende: 41 Prozent der Befragten nehmen in den Medien (sehr) häufig Proteste im Zusammenhang mit der Energiewende wahr, 38 Prozent Beiträge zur Mobilität sowie 37 Prozent zur Solarenergie und Photovoltaik. Beiträge über die Nutzung von Wasserstoff im Rahmen der Energiewende wurden hingegen von deutlich weniger Menschen als häufiges Medienthema erinnert (19%); mehr als ein Viertel der Befragten (27%) ist in den Wochen vor der Befragung sogar nie auf diesen Themenaspekt in den Medien gestoßen. Bemerkenswert ist sicherlich auch, dass das Thema Versorgungssicherheit (das direkt nach dem russischen Angriff auf die Ukraine große Bedeutung hatte), nur von einem Drittel der Befragten als prominentes Medienthema im Kontext der Energiewende identifiziert wurde. Und selbst zwei Kernaspekte der Energiewende – der Ausbau der Windkraft und der Versorgungsnetze – waren nach Einschätzung der meisten Bürgerinnen und Bürger keine besonders prominenten Themen der Energiewendeberichterstattung.

**Abbildung 5: Wahrgenommene Aspekte der Energiewende in der Berichterstattung**



Frage: Wie häufig sind Sie durch die Medien in den vergangenen Wochen mit Informationen und Meinungen zu den nachfolgenden Aspekten der Energiewende in Kontakt gekommen?

Anmerkung. n = 2701.

## 4.2 Bewertung der medialen Berichterstattung über die Energiewende

Die Bewertung der Berichterstattung über die Energiewende ist insgesamt eher negativ (Tabelle 3). Kaum mehr als die Hälfte der Befragten hält die Berichterstattung für korrekt (51%) und noch weniger finden sie vertrauenswürdig (45%). Zudem empfindet mehr als die Hälfte der Befragten Verdrossenheit darüber, wie die Medien über die Energiewende berichten: 53 Prozent sind genervt und 51 Prozent möchten von dem Thema nichts mehr hören und sehen. Gleichzeitig löst die Berichterstattung über die Energiewende größtenteils negative und kaum positive Emotionen aus. Eine deutliche Mehrheit der Befragten (60%) gibt an, dass die Berichterstattung bei Ihnen Sorgen auslöst und fast die Hälfte (47%) fühlt sich dadurch verunsichert. Dass die Berichterstattung über die Energiewende den Menschen Hoffnung macht, bleibt die Ausnahme. Gerade einmal 30 Prozent der Befragten geben an, dass die Medienbeiträge sie zuversichtlich stimmen.

**Tabelle 3: Bewertung der Berichterstattung über die Energiewende**

Die Berichterstattung über die Energiewende...	Ablehnung	Zustimmung	weiß nicht
... halte ich für korrekt.	37%	51%	12%
... ist vertrauenswürdig.	43%	45%	12%
... nervt mich.	41%	53%	7%
... mag ich nicht mehr hören und sehen.	42%	51%	7%
... löst in mir Sorgen aus.	34%	59%	7%
... verunsichert mich.	46%	47%	8%
... macht mir Hoffnung.	60%	30%	10%

*Frage:* Wie beurteilen Sie die Berichterstattung der Medien über die Energiewende?

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); Zustimmung (3 = stimme eher zu/4 = stimme voll zu)

## 4.3 Wahrnehmung von Verzerrungen in der Berichterstattung

Ergänzend zu den Medienbewertungen wurden die Teilnehmenden dieser Studie gefragt, ob sie die Berichterstattung über die Energiewende und den Klimawandel als angemessen wahrnehmen oder ob sie den Eindruck haben, dass die Medien bestimmte Aspekte in die eine oder andere Richtung verzerrt darstellen. Betrachtet man die Befunde in Abbildung 6, so wird deutlich, dass bei den meisten Aspekten nicht einmal ein Drittel der Menschen (zwischen 28% und 31%) die Darstellungen der Medien als angemessen beurteilt. Nur im Falle der Leistungsfähigkeit der Erneuerbaren (34%) und der Gefahren des Klimawandel (38%) sind die Anteile etwas höher. Folglich nimmt die Mehrheit der Befragten (zwischen 50% und 56%) die Berichterstattung der Medien als verzerrt wahr.

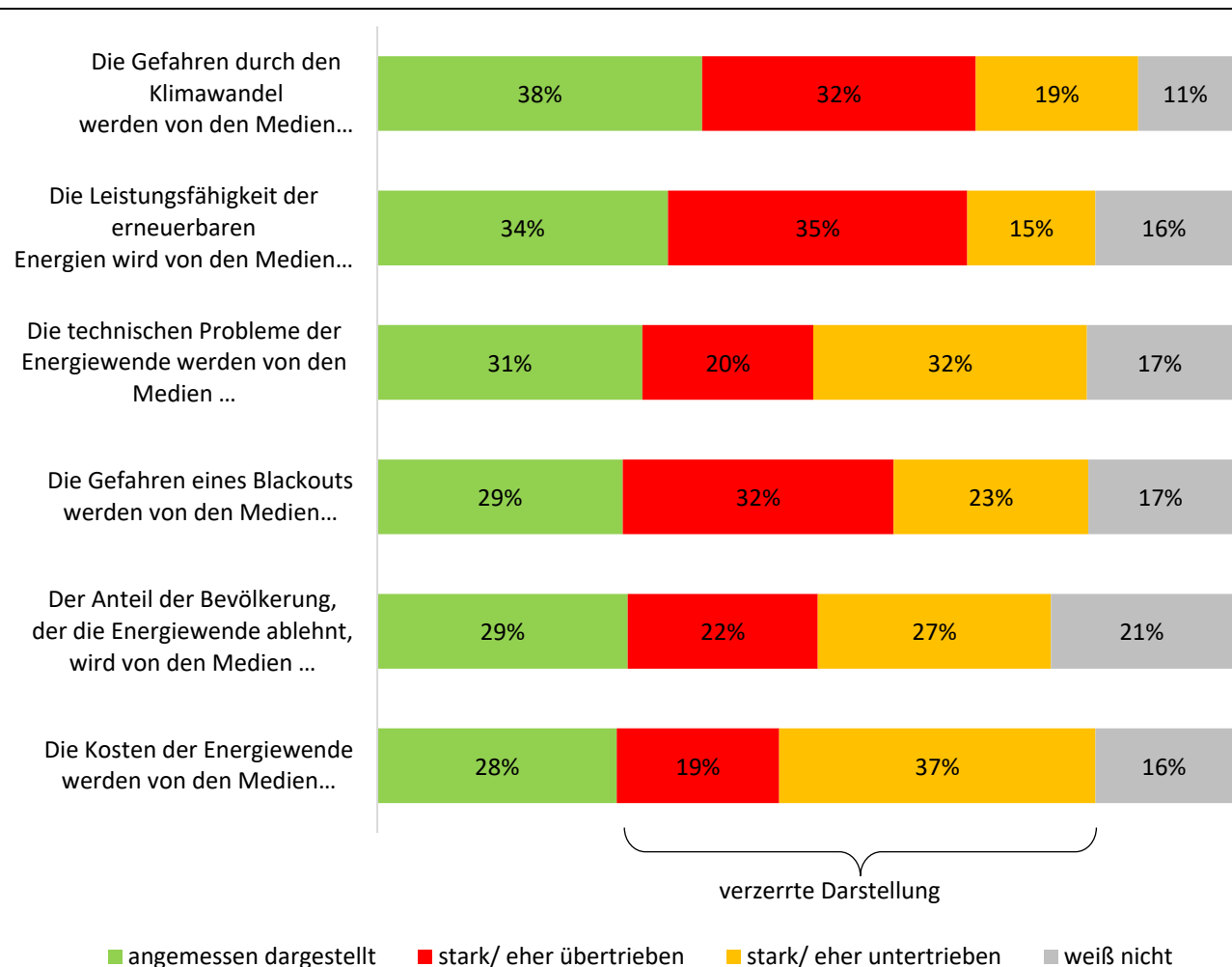
Betrachtet man die Richtung der wahrgenommenen Verzerrung (Übertreibung versus Untertreibung), dann lassen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Aspekten erkennen: Was die Kosten der Energiewende und die mit ihr verbundenen technischen Probleme betrifft, so überwiegt der Anteil derjenigen, die die Berichterstattung darüber als *untertrieben* wahrnehmen. Diese Personen haben folglich den Eindruck, dass die Medien die Kosten und technischen Problemen *herunterspielen*.



Hinsichtlich der Berichterstattung über die Leistungsfähigkeit der erneuerbaren Energien, die Gefahren durch den Klimawandel und die Risiken eines Blackouts ist es hingegen genau umgekehrt. Bei diesen drei Aspekten überwiegt der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die die Berichterstattung der Medien für *übertrieben* halten. Sie vermuten demnach, dass die erneuerbaren Energien weniger leisten können, als die Medien behaupten, und sie haben den Eindruck, dass die Medien dramatisieren, sowohl was die Folgen des Klimawandels angeht als auch hinsichtlich der Gefahren eines Blackouts.

Am wenigsten eindeutig ist die Einschätzung bei der Frage, ob die öffentliche Meinung zur Energiewende verzerrt dargestellt wird: Der Anteil derjenigen, die eine *Untertreibung* der Anzahl der Energiewendegegner beobachtet haben, ist fast genauso groß wie der Anteil derjenigen, die eine *Übertreibung* festgestellt haben. Zudem ist auch die Zahl derjenigen, die mit „weiß nicht“ antworten, bei diesem Aspekt besonders groß (21%).

**Abbildung 6: Wahrnehmung von Verzerrungen in der Berichterstattung über die Energiewende**



Frage: Wie nehmen Sie die Berichterstattung der Medien über die Energiewende und den Klimawandel wahr? Ist die Berichterstattung angemessen oder ist sie in die eine oder andere Richtung verzerrt?

Anmerkung. n = 2701.



## 5. Einstellungen zur Energiewende

Die Energiewende – und vor allem ihre Umsetzung – ist in vielerlei Hinsicht immer wieder Gegenstand von Kontroversen. Das hat damit zu tun, dass sie nicht nur mit technologischen Veränderungen verbunden ist, sondern auch mit zahlreichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Um herauszufinden, welche Einstellungen in der Bevölkerung zu diesen unterschiedlichen Aspekten vorherrschen, wurden in der Untersuchung zahlreiche Fragen zu den verschiedenen Aspekten gestellt.

Zunächst wurde anhand mehrerer Indikatoren ermittelt, welche *Relevanz die Energiewende* für die Bevölkerung hat. Anschließend wurden die Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Einschätzung der *Machbarkeit der Energiewende* in Deutschland gefragt. In einem weiteren Teil der Befragung wurde die *Akzeptanz verschiedener Infrastrukturmaßnahmen* thematisiert, die im Zuge der Energiewende umgesetzt werden (sollen) und die unterschiedlich tief in das Leben der Menschen eingreifen. Dabei ging es einerseits um Einstellungen zu großen Infrastrukturmaßnahmen, die mit der Transformation verbunden sind, und andererseits um die Einschätzung von eher kleineren Maßnahmen, die die Energiewende vor Ort mit sich bringt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung liegt darauf herauszufinden, wie die Menschen die *Folgen der Energiewende für die Region, in der sie leben*, einschätzen. Hier werden anhand unterschiedlicher Kriterien sowohl mögliche Chancen als auch Risiken der Energiewende für die Region betrachtet. Abschließend werden Befunde präsentiert, die verdeutlichen, wie die Bürgerinnen und Bürger über die mit der Energiewende verbundenen *Kosten* denken.



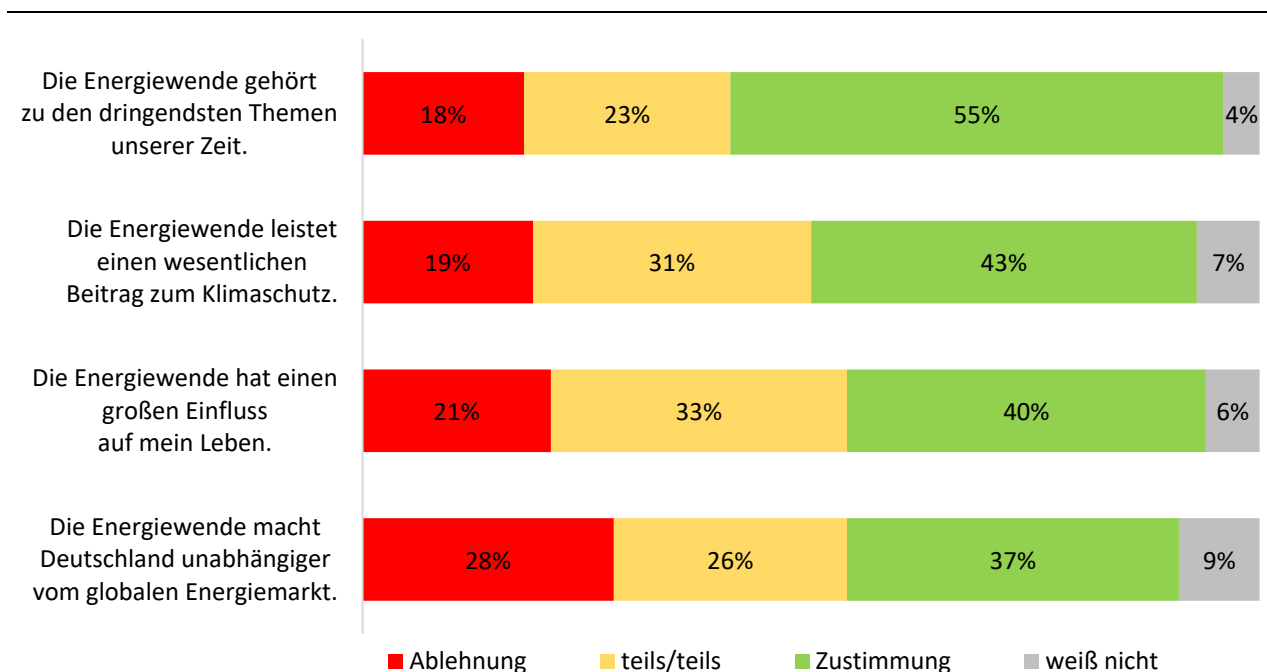
### 5.1 Relevanz der Energiewende

Wissenschaftlich unstrittig ist mittlerweile die Tatsache, dass der menschengemachte Klimawandel eine große Bedrohung für die Menschheit darstellt (Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, 2023) und er ganz wesentlich durch den mit der Verbrennung fossiler Energieträger verbundenen Ausstoß von Treibhausgasen verursacht wird. Folglich ist die Bekämpfung des Klimawandels unmittelbar mit der

Energiewende und der Transformation des Energiesystems verbunden. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach der Relevanz der Energiewende, dann sagt mehr als die Hälfte (55%), dass sie zu den dringendsten Themen unserer Zeit gehört. Allerdings sind nur 43 Prozent der Meinung, dass die Energiewende einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leistet (Abbildung 7).

Was den Einfluss der Energiewende auf das eigene Leben betrifft, so sind 40 Prozent der Meinung, dass die Energiewende einen großen Einfluss hat. 21 Prozent der Befragten sehen dies jedoch ganz anders und lehnen die Aussage ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Relevanzeinschätzung der Energiewende in Bezug auf Deutschlands Unabhängigkeit vom globalen Energiemarkt. Lediglich 37 Prozent der Befragten glauben, dass die Energiewende das Land unabhängiger vom globalen Energiemarkt macht, 28 Prozent glauben dies nicht. Die Restlichen sind unentschieden oder trauen sich kein Urteil zu.

**Abbildung 7: Die Relevanz der Energiewende**



*Frage:* Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

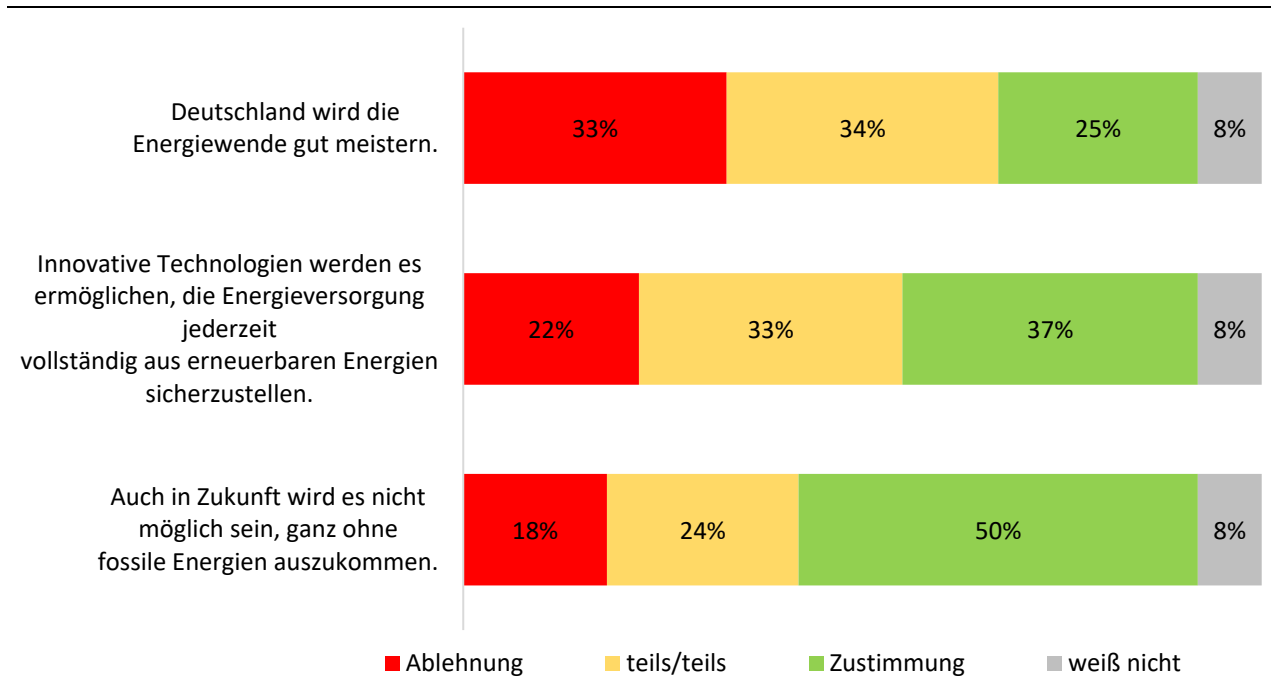
*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

## 5.2 Machbarkeit der Energiewende

Wird die Wahrnehmung der Machbarkeit der Energiewende betrachtet, so glaubt gerade mal ein Viertel der Befragten (25%), dass Deutschland die Energiewende gut meistern wird. Ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger bezweifeln dies (33%); ein weiteres Drittel (34%) ist unentschieden (Abbildung 8). Auch bezüglich der Frage, ob es innovative Technologien schaffen werden, jederzeit eine sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten, herrscht große Skepsis: Weniger als 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind dieser Ansicht. Die größten Zweifel hinsichtlich der Machbarkeit zeigen sich jedoch bezüglich des Verzichts auf fossile Energieträger:

Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (50%) ist der Meinung, dass es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, ganz ohne fossile Energien auszukommen. Nicht einmal ein Fünftel (18%) glaubt daran. Insgesamt ist der Grundtenor bezüglich der Machbarkeit der Energiewende in Deutschland sehr pessimistisch.

**Abbildung 8: Machbarkeit der Energiewende**



Frage: Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

Anmerkung. n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

### 5.3 Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen

Um die Energiewende in Deutschland umzusetzen, bedarf es verschiedener Infrastrukturmaßnahmen. Dazu zählen unter anderem der massive Ausbau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie einer Infrastruktur zur Speicherung und zum Transport von Energie (BMW, 2021). Aber auch Maßnahmen im direkten Umfeld der Bürgerinnen und Bürger werden künftig erforderlich sein. Dazu gehört beispielsweise der verbindliche Einbau digitaler Haushaltsstromzähler (Smart Meter), mit denen u.a. eine Lastverschiebung möglich sein wird, aber auch gesetzliche Vorgaben zur Installation von PV-Anlagen auf Hausdächern und die Einrichtung von Ladesäulen im öffentlichen Parkraum. Diese Maßnahmen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, wie etwa bezüglich ihrer Sichtbarkeit, ihres unmittelbaren Nutzens bzw. der wahrgenommenen Kosten und Risiken. Entsprechend ist zu erwarten, dass es auch Unterschiede in der Akzeptanz der verschiedenen Maßnahmen gibt.

Betrachtet man zunächst die Befunde zur Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen, die der Gewinnung und dem Transport erneuerbarer Energien dienen (Tabelle 4), dann findet der Bau von Photovoltaikanlagen auf Dächern und Fassaden – auch wenn dieser im eigenen Wohnort stattfindet – mit Abstand die größte Unterstützung (66%). Doch auch dem Ausbau von Windkraftanlagen vor den deutschen Meeresküsten (53%) sowie dem Bau von Solarparks in der Nähe des Wohnortes

(53%) steht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger positiv gegenüber. Deutlich mehr Konfliktpotential ist indes bei den anderen beiden Maßnahmen erkennbar: Der Bau von Windenergieanlagen in der Nähe des eigenen Wohnortes wird von weniger als der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (44%) unterstützt; fast ein Viertel (23%) lehnt diese Maßnahme ab. Noch deutlicher sind die Vorbehalte im Falle des Baus von Stromtrassen durch die eigene Region. Weniger als 40 Prozent unterstützt diese Maßnahmen; fast 20 Prozent lehnen sie ab. Zudem ist der Anteil der Unschlüssigen mit 32 Prozent im Verhältnis recht hoch. Hinzu kommt, dass ein recht hoher Anteil der Befragten keine Meinung dazu hat (13%).

Allerdings ist festzuhalten, dass selbst die beiden umstrittensten Maßnahmen – der Ausbau der Windenergie und der Stromtrassen – von deutlich mehr Menschen unterstützt als abgelehnt werden.

**Tabelle 4: Akzeptanz von Maßnahmen zum Ausbau und Transport erneuerbarer Energien**

	Ablehnung	teils/teils	Unterstützung	weiß nicht
Bau von Photovoltaikanlagen auf Dächern und an Fassaden in Ihrem Wohnort	8%	19%	<b>66%</b>	8%
Bau von Windkraftanlagen vor den deutschen Meeresküsten	16%	23%	<b>53%</b>	8%
Bau von Solarparks auf freien Flächen in der Nähe Ihres Wohnorts	18%	22%	<b>53%</b>	7%
Bau von Windkraftanlagen in der Nähe Ihres Wohnorts	23%	25%	44%	8%
Bau von Stromtrassen durch die Region, in der Sie leben	18%	32%	38%	13%

*Frage:* Mit dem Klimaschutz und der Energiewende sind verschiedene Maßnahmen verbunden. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die nachfolgenden Maßnahmen ablehnen oder befürworten.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = lehne ich voll und ganz ab / 2 = lehne ich eher ab); teils/teils (3); Unterstützung (4 = unterstütze ich eher / 5 = unterstütze ich voll und ganz)





## Akzeptanz von Maßnahmen vor Ort

Von den Maßnahmen, die das direkte Umfeld oder sogar den Haushalt der Befragten betreffen, findet der Einbau intelligenter, digitaler Stromzähler mit 51 Prozent die größte Akzeptanz (Tabelle 5). 48 Prozent der Befragten unterstützen zudem die Idee, den Einbau von Photovoltaikanlagen bei allen Neubauten zur Pflicht zu machen. Die Einrichtung von Parkplätzen, die nur für E-Autos reserviert sind, wird von etwas weniger als der Hälfte der Befragten (45%) unterstützt.

**Tabelle 5: Akzeptanz von Maßnahmen vor Ort**

	Ablehnung	teils/teils	Unterstützung	weiß nicht
Einbau intelligenter, digitaler Stromzähler (Smart Meter), die den Energieverbrauch bestimmter Haushaltsgeräte (Heizung, Kühlgeräte) steuern können	18%	22%	<b>51%</b>	9%
Verpflichtende Installation von Photovoltaikanlagen bei allen Neubauten	22%	22%	48%	8%
Einrichtung von Parkplätzen mit Lademöglichkeiten in Ihrem Wohnort, die nur von Elektroautos genutzt werden dürfen	21%	26%	45%	8%

*Frage:* Mit dem Klimaschutz und der Energiewende sind verschiedene Maßnahmen verbunden. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die nachfolgenden Maßnahmen ablehnen oder befürworten.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = lehne ich voll und ganz ab / 2 = lehne ich eher ab); teils/teils (3); Unterstützung (4 = unterstütze ich eher / 5 = unterstütze ich voll und ganz)

Insgesamt bestätigen die hier vorliegenden Befunde, dass sich bei manchen Infrastrukturmaßnahmen das sogenannte „Not in my backyard“ Phänomen (Nimby) beobachten lässt. Obwohl der Ausbau von Windenergieanlagen an Land und der Bau entsprechender Stromtrassen für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar sind, treffen diese Infrastrukturmaßnahmen auf relativ geringe Unterstützung in der Bevölkerung, wenn sie in der Nähe des eigenen Wohnorts bzw. in der eigenen Region realisiert werden sollen.





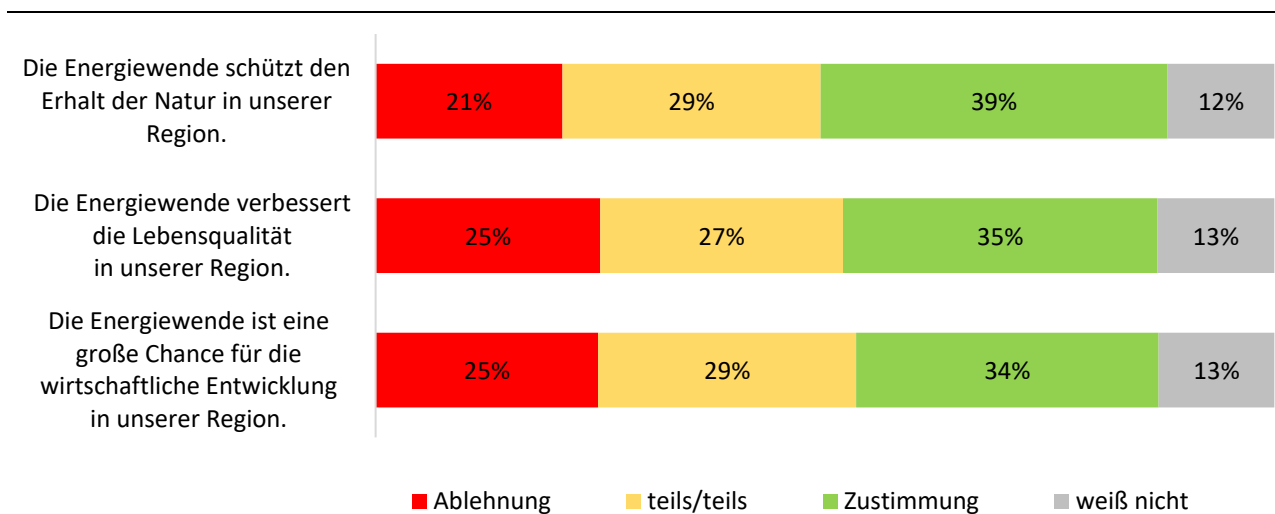
## 5.4 Wahrgenommene Vorteile und Nachteile der Energiewende für die eigene Region

Es ist davon auszugehen, dass die Unterstützung der Energiewende und der damit verbundenen Maßnahmen ganz wesentlich davon abhängt, welche Vorteile und Nachteile die Menschen damit für ihrem unmittelbaren Lebensumfeld verbinden. Deswegen wurden die wahrgenommenen Vorteile (Abbildung 9) und Nachteile (Abbildung 10) der Energiewende in wirtschaftlicher, ökologischer und gesundheitlicher Hinsicht für die Region untersucht.

Der Nutzenaspekt, der der Energiewende am stärksten zugeschrieben wird, ist der Erhalt und Schutz der Natur in der Region: 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehen diesen Vorteil. Knapp ein weiteres Drittel stimmt dieser Einschätzung teilweise zu (29 %), während 21 Prozent die Aussage ablehnen. Zehn Prozent der Befragten traut sich hierzu keine Einschätzung zu.

Sehr ähnliche Antwortmuster zeigen sich auch bezüglich der Einschätzung, welche Auswirkungen die Energiewende auf die Verbesserung der Lebensqualität und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region hat. Zwar ist der Anteil der Befragten, die bei diesen beiden Aspekten Vorteile für die Region wahrnehmen, größer als der Anteil derjenigen, die keine Vorteile wahrnehmen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass jeweils ein Viertel keinerlei Nutzen in dieser Hinsicht erkennen kann und ein erheblicher Teil der Befragten (mindestens 40 Prozent) unentschieden ist oder sich kein Urteil zutraut, ob die Energiewende die Lebensqualität verbessert oder Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt.

**Abbildung 9: Wahrgenommene Vorteile der Energiewende in der Region**



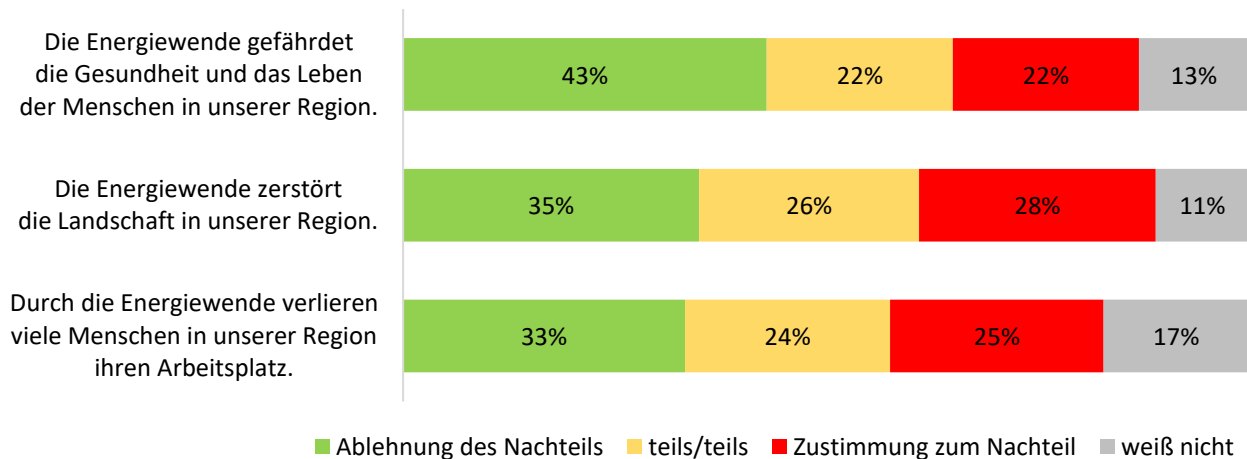
*Frage:* Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zur Energiewende in Ihrer Region zustimmen oder nicht zustimmen.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

Für die wahrgenommenen Nachteile durch die Energiewende zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Anteil der Befragten, der keine Probleme sieht, ist größer als der Anteil derjenigen, die Risiken erkennen. Fragt man nach Gesundheitsgefährdungen durch die Energiewende, dann zeigt sich, dass 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger keine Gefahren sehen, während 22 Prozent entsprechende

Befürchtungen haben. Ein gutes Drittel der Befragten (35%) hat keine Bedenken, dass die Energiewende die Landschaft in der Region zerstören könnte, 28 Prozent sehen hingegen eine solche Gefahr. Auch bezüglich eines möglichen Verlusts von Arbeitsplätzen durch die Energiewende in der Region ist der Unterschied zwischen denen, die das für unwahrscheinlich halten (33%) und denjenigen, die solche Jobverluste befürchten (25%), nicht sehr groß. Berücksichtigt man zusätzlich, dass viele Personen die Fragen mit teils/teils beantworteten oder sich gar nicht in der Lage sahen, eine Einschätzung abzugeben, dann zeigt sich auch hier wieder viel Unsicherheit.

**Abbildung 10: Wahrgenommene Nachteile der Energiewende in der Region**



*Frage:* Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zur Energiewende in Ihrer Region zustimmen oder nicht zustimmen.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

## 5.5 Einstellungen zu den mit der Energiewende verbundenen Kosten

Neben der Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen durch die Energiewende, wurden die Bürgerinnen und Bürger auch nach ihrer Meinung zu den mit der Energiewende verbundenen Kosten befragt. Dabei zeigen die Befunde sehr deutlich, dass eine große Mehrheit von 63 Prozent das Gefühl hat, dass die Kosten der Energiewende vorrangig von den kleinen Leuten getragen werden. Gerade mal 10 Prozent lehnen diese Aussage ab (Abbildung 11).

**Abbildung 11: Gerechtigkeit bei der Verteilung der Kosten der Energiewende**

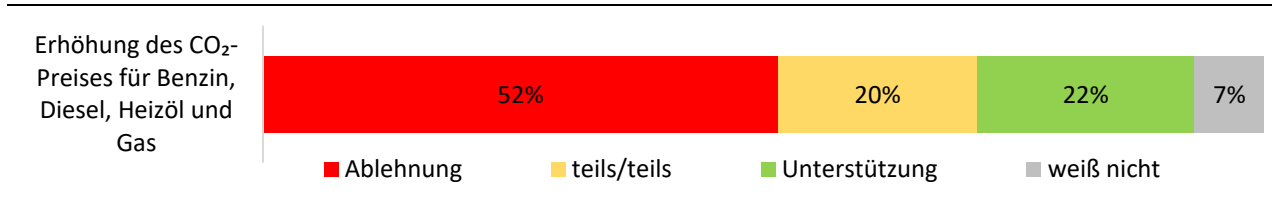


*Frage:* Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

Auch die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas – ein zentrales Instrument zur Senkung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen – wird von der Mehrheit der Befragten (52%) abgelehnt. Unterstützt wird diese Maßnahme von gerade Mal 22 Prozent der Bürgerinnen und Bürger (Abbildung 12).

**Abbildung 12: Akzeptanz der CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung**



*Frage:* Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die nachfolgenden Maßnahmen ablehnen oder befürworten.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = lehne ich voll und ganz ab / 2 = lehne ich eher ab); teils/teils (3); Unterstützung (4 = unterstütze ich eher / 5 = unterstütze ich voll und ganz)

Die Befunde zeigen deutlich, dass die vorhandenen Ansätze, die finanziellen Mittel für die Energiewende aufzubringen, von den Menschen äußerst skeptisch gesehen werden. Der CO<sub>2</sub>-Preis als zentrales energiepolitisches Instrument wird von mehr als der Hälfte der Befragten abgelehnt. Eine sehr große Mehrheit ist zudem der Ansicht, dass der gesamte Prozess zu einer einseitigen Belastung der einfachen Leute führt und nicht sozial verträglich ist.

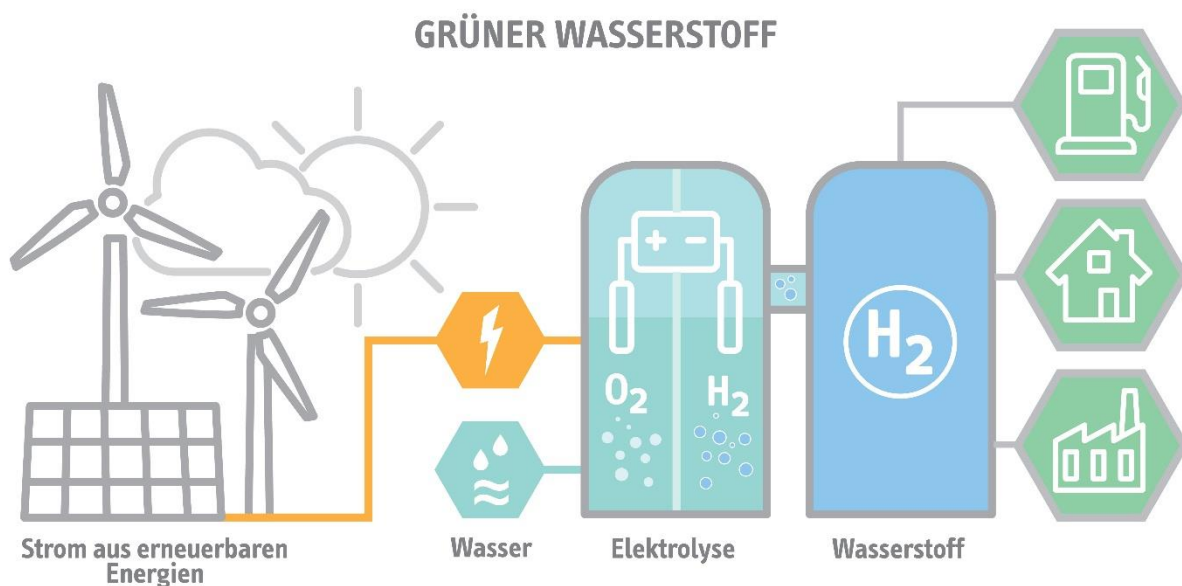


## 6. Zukunftsthemen der Energiewende

Mit dem Vollzug der Energiewende sind Veränderungen in der Energieversorgung verbunden. Für den Umstieg auf ein erneuerbares Energiesystem spielen neben Infrastrukturmaßnahmen auch neue Techniken zur Energiespeicherung und zum Einsatz von alternativen Energieträgern eine bedeutende Rolle. In diesem Zusammenhang wird unter anderem auch verstärkt über den Einsatz von Grünem Wasserstoff diskutiert, der vor allem in der Industrie – beispielsweise bei der Stahlproduktion – als nachhaltiger Energieträger genutzt werden soll, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

### 6.1 Zukünftige Veränderungen im Energiesystem

Um herauszufinden, was die Bevölkerung über die zukünftigen Veränderungen im Energiesystem bereits weiß, wurden die Teilnehmenden zunächst gefragt, ob sie von bestimmten Veränderungen überhaupt schon einmal etwas gehört haben und ob sie eine Vorstellung davon haben, was mit diesen gemeint ist (Tabelle 6).



Am ehesten konnten die Befragten mit dem Begriff der Elektrifizierung etwas anfangen: 29 Prozent wussten, was damit gemeint ist. Immerhin 34 Prozent hatten schon mal davon gehört. Geringer sind die Kenntnisse in Bezug auf die anderen Begriffe und die damit verbundenen Veränderungsprozesse. Ein Viertel der Menschen weiß, was mit dezentraler Energieversorgung gemeint ist, aber über 40 Prozent hatten bisher noch nicht einmal davon gehört. Ähnlich sieht es bei den Begriffen Elektrolyse und Flexibilisierung aus: Von diesen hatten 45 bzw. 55 Prozent der Befragten noch nie zuvor etwas gehört. Mit Blick auf den Einsatz von Power-to-X-Technologien sind die Ergebnisse noch schlechter. Lediglich sieben Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine Vorstellung davon, was damit gemeint ist. Über 70 Prozent hatten hingegen noch nie zuvor etwas von Power-to-X gehört.

**Tabelle 6: Bekanntheit von Veränderungen im Energiesystem**

	Nein, ich habe zuvor noch nie davon gehört.	Ja, ich habe schon davon gehört, aber ich weiß nicht, was damit gemeint ist.	Ja, ich habe schon davon gehört, und ich weiß, was gemeint ist.
Elektrifizierung	37%	34%	29%
Dezentrale Energieversorgung	44%	31%	25%
Elektrolyse	45%	34%	22%
Flexibilisierung der Energienachfrage	55%	28%	17%
Power-to-X	78%	14%	7%

*Frage:* Mit der Energiewende sind viele Veränderungen im Energiesystem verbunden. Inwiefern haben Sie in diesem Zusammenhang von den nachfolgenden Begriffen schon einmal etwas gehört und wissen Sie, was damit gemeint ist?

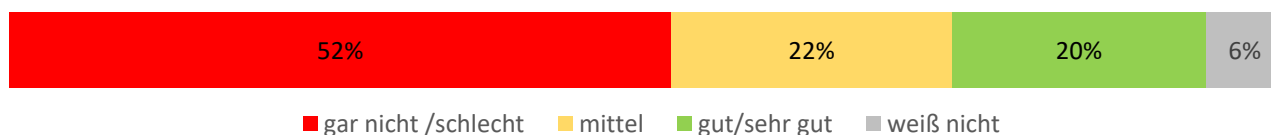
*Anmerkung.* n = 2701

## 6.2 Zukunftstechnologie Grüner Wasserstoff

Wasserstoff, insbesondere der sogenannte Grüne Wasserstoff, der per Elektrolyse unter Einsatz von erneuerbaren Energien gewonnen wird, soll in der zukünftigen Energieversorgung eine wichtige Rolle einnehmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie gut sich die Bürgerinnen und Bürger über das Thema Grüner Wasserstoff informiert fühlen und welche Meinung sie zu der Technologie und den damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen haben.

Obwohl in jüngerer Zeit verstärkt über die Rolle von Wasserstoff im Kontext der Energiewende diskutiert und berichtet wurde und überall im Land Wasserstoffinitiativen angestoßen wurden, ist das Wissen zu diesem Thema in der Bevölkerung bislang noch sehr gering: Lediglich 20 Prozent fühlen sich gut bzw. sehr gut über das Thema informiert. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (52%) hat hingegen den Eindruck, gar nicht bzw. schlecht über Grünen Wasserstoff informiert zu sein (Abbildung 13)

**Abbildung 13: Subjektive Informiertheit über Grünen Wasserstoff**



*Frage:* Wie gut fühlen Sie sich über das Thema „Grüner Wasserstoff“ informiert? 1 bedeutet Sie fühlen sich „gar nicht informiert“ und 5 bedeutet Sie fühlen sich „sehr gut informiert“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstimmen.

*Anmerkung.* n = 2701

Die vorstehenden Ergebnisse zeigen, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern grundlegendes Wissen zum Thema Wasserstoff fehlt. Von daher verwundert es nicht, dass zwischen 23 und 33



Prozent der Befragten bei den Einstellungsfragen zum Einsatz von Grünem Wasserstoff mit „weiß nicht“ antworteten (Tabelle 7).

Die meiste Zustimmung erhalten die Aussagen, dass Deutschland durch Grünen Wasserstoff seine Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas reduzieren kann (47 %) und dass der Aufbau einer Grünen Wasserstoffwirtschaft eine große Chance für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung darstellt (45%). 43 Prozent sind außerdem der Meinung, dass die Technologie notwendig ist, um die Klimaziele zu erreichen. 40 Prozent sind sich sicher, dass Grüner Wasserstoff für die künftige Energieversorgung unverzichtbar ist. Knapp ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger befürchtet hingegen, dass eine umfangreiche Nutzung von Grünem Wasserstoff viel zu teuer ist (31%) und für die Bedarfsdeckung erhebliche Importe aus dem Ausland notwendig sind (35%). Ob beim Umgang mit Wasserstoff eine zu hohe Explosionsgefahr besteht, da sind sich die Befragten uneinig: Während 21 Prozent keine Bedenken bezüglich der Explosionsgefahr haben, halten 20 Prozent diese für viel zu groß. Weitere 25 Prozent sind sich uneinig. Die meisten Menschen (33%) können diese Gefahr jedoch nicht einschätzen.

**Tabelle 7: Einstellungen zu Grünem Wasserstoff**

	Ablehnung	teils/teils	Zustimmung	weiß nicht
Durch Grünen Wasserstoff kann Deutschland seine Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas reduzieren.	10%	21%	47%	23%
Der Aufbau einer Grünen Wasserstoffwirtschaft ist eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.	10%	22%	45%	<b>23%</b>
Deutschland braucht Grünen Wasserstoff, um seine Klimaziele zu erreichen.	12%	21%	43%	<b>25%</b>
Grüner Wasserstoff ist für die zukünftige Energieversorgung Deutschlands unverzichtbar.	12%	23%	40%	<b>26%</b>
Um den Bedarf an Grünem Wasserstoff in Deutschland zu decken, sind erhebliche Importe aus dem Ausland notwendig.	10%	22%	35%	<b>34%</b>
Es ist viel zu teuer, Grünen Wasserstoff in großem Umfang zu nutzen.	13%	25%	31%	<b>31%</b>
Die Explosionsgefahr beim Umgang mit Wasserstoff ist viel zu groß.	21%	25%	20%	<b>33%</b>

*Frage:* Von „Grünem Wasserstoff“ spricht man, wenn er klimaneutral aus Wasser unter Verwendung von Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt wird. Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

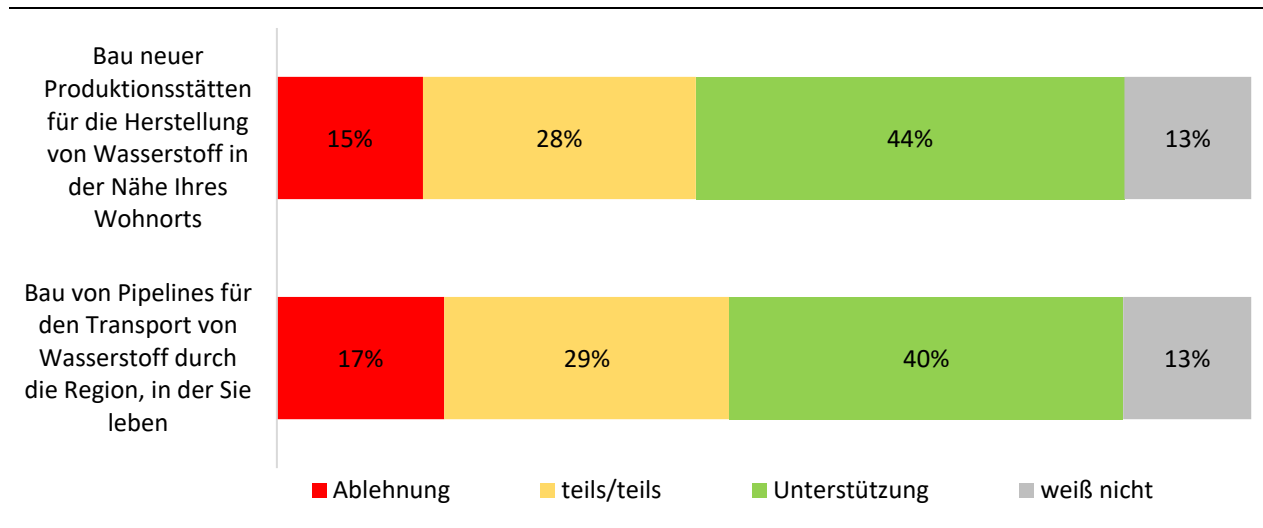
*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

Um Grünen Wasserstoff im Zuge der Energiewende nutzen zu können, sind ebenfalls Infrastrukturmaßnahmen notwendig. Deshalb wurde erfragt, inwiefern diese von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden (Abbildung 14). Der überwiegende Teil der Befragten (44%) unterstützt den Bau neuer Produktionsstätten für die Herstellung von Wasserstoff, auch wenn dies in der Nähe ihres Wohnorts geschehen soll. 15 Prozent lehnen dies ab; 13 Prozent haben sich dazu noch keine Meinung gebildet. Ähnlich verhält es sich mit dem Bau von Pipelines für den Transport

von Wasserstoff in der Region. Auch diese Maßnahmen wird von rund 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unterstützt; 17 Prozent möchten keinen Bau von Pipelines durch die Region, in der sie wohnen.

Da der Kenntnisstand beim Thema Wasserstoff aber bisher noch gering ist und viele Menschen sich auch über die Einsatzmöglichkeiten sowie die Chancen und Risiken keine abschließende Meinung gebildet haben, ist jedoch fraglich, ob diese überwiegend positive Haltung von Dauer ist.

**Abbildung 14: Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen für Grünen Wasserstoff**



Frage:-Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die nachfolgenden Maßnahmen ablehnen oder befürworten.

Anmerkung. n = 2701. Ablehnung (1 = lehne ich voll und ganz ab / 2 = lehne ich eher ab); teils/teils (3); Unterstützung (4 = unterstütze ich eher / 5 = unterstütze ich voll und ganz)



## 7. Bewertung der Rolle von Akteuren im Kontext der Energiewende

Die Energiewende besteht nicht nur aus einer Vielzahl von Technologien, zu denen sich die Bürgerinnen und Bürger anhand unterschiedlicher Kriterien ihre Meinung bilden, sondern sie ist auch ein Prozess, der von unterschiedlichen Akteuren beeinflusst wird. Wie diese Akteure von der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Leistungen und ihres Beitrags zur Energiewende beurteilt werden, wird im Folgenden dargestellt.

### 7.1 Einschätzung der Kompetenzen von Akteuren in Sachen Energiewende

Zunächst wurde erfragt, wie die Bürgerinnen und Bürger die Kompetenz verschiedener Akteure „in Sachen Energiewende“ einschätzen. Dabei zeigt sich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Abstand die höchste Kompetenz zugeschrieben wird (Tabelle 8). Mit deutlichem Abstand folgen Energieversorger und regionale Unternehmen. Am geringsten schätzen die Befragten aber die Kompetenz der politischen Parteien in dieser Angelegenheit ein. Bei allen Parteien übersteigt der Anteil derjenigen, die sie für inkompetent halten den Anteil derjenigen, die sie für kompetent halten, um mindestens das Doppelte. Einzige Ausnahme bilden die Grünen, aber auch sie werden von weniger als einem Viertel der Befragten für kompetent gehalten.

**Tabelle 8: Kompetenzeinschätzungen von Akteuren der Energiewende**

	gar nicht/ wenig kompetent	mittel	eher/ sehr kompetent	weiß nicht
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	15%	21%	51%	13%
Energieversorgungsunternehmen	21%	30%	34%	15%
Unternehmen in Ihrer Region	20%	34%	29%	17%
Bündnis 90/Die Grünen	47%	17%	24%	13%
CDU/CSU	42%	23%	20%	15%
SPD	42%	27%	17%	14%
AfD	62%	12%	14%	13%
FDP	49%	23%	13%	15%
DIE LINKE	56%	17%	11%	16%

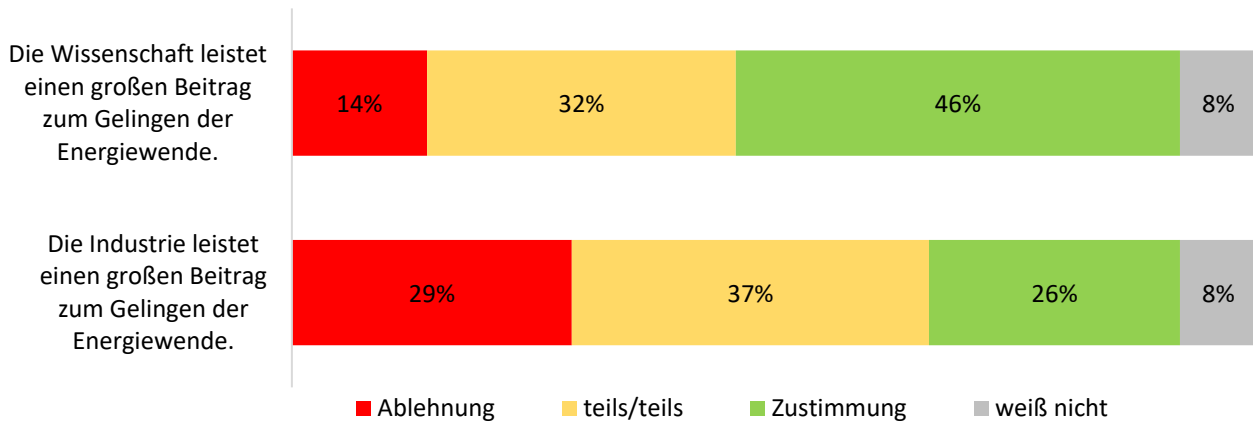
*Frage: Für wie kompetent halten Sie die nachfolgenden Akteure in Sachen Energiewende?*

*Anmerkung. n = 2701*

### 7.2 Bewertung der Rolle von Wissenschaft und Industrie

Neben der Kompetenz wurden gefragt, welchen Beitrag Wissenschaft und Industrie zum Gelingen der Energiewende leisten. Hier zeigte sich ein ähnliches Bild: Der Wissenschaft wird von deutlich mehr Menschen attestiert, dass sie einen großen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten als der Industrie (Abbildung 15).

**Abbildung 15: Beitrag von Wissenschaft und Industrie zum Gelingen der Energiewende**



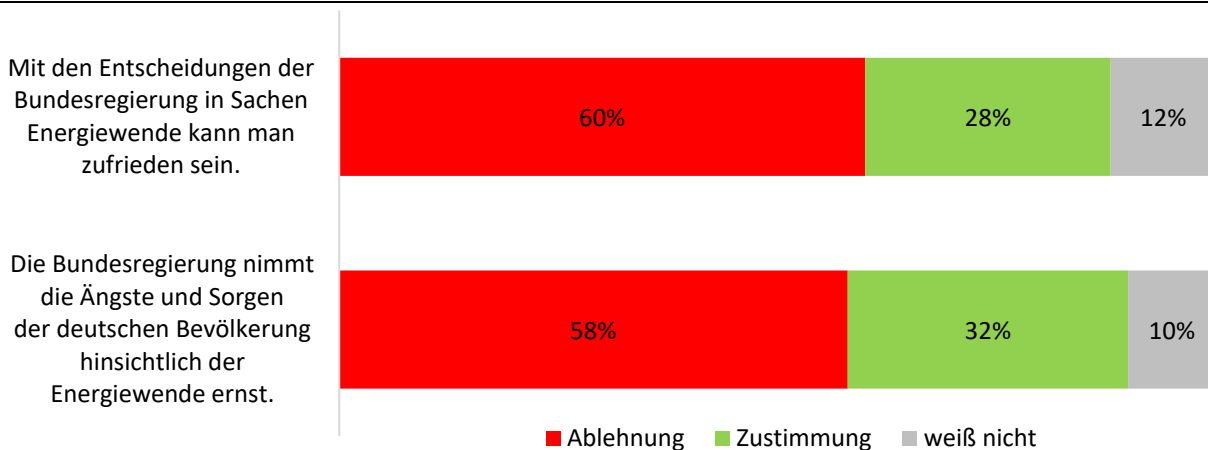
Frage: Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

Anmerkung. n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

### 7.3 Bewertung der Bundesregierung in Bezug auf die Energiewende

Nicht nur mit Blick auf Wissenschaft und Industrie, sondern auch bezüglich der Politik wurden weitere Fragen gestellt, um auch bei dieser Akteursgruppe die Einschätzung der tatsächlichen Leistung zu ermitteln. Da die Umsetzung der Energiewende aber vor allem in der Hand der Regierung liegt und weniger in der Hand der Parteien, wurden Fragen zur Zufriedenheit mit der Bundesregierung gestellt (Abbildung 16). Wie schon bei der Kompetenz zeigen sich auch hier mehrheitlich negative Einschätzungen: 60 Prozent der Befragten sind mit den Entscheidungen der Regierung bezüglich der Energiewende nicht zufrieden und 58 Prozent haben nicht den Eindruck, dass die Regierung die Ängste und Sorgen der Menschen in diesem Politikfeld ernst nimmt.

**Abbildung 16: Zufriedenheit mit der Bundesregierung in Bezug auf die Energiewende**

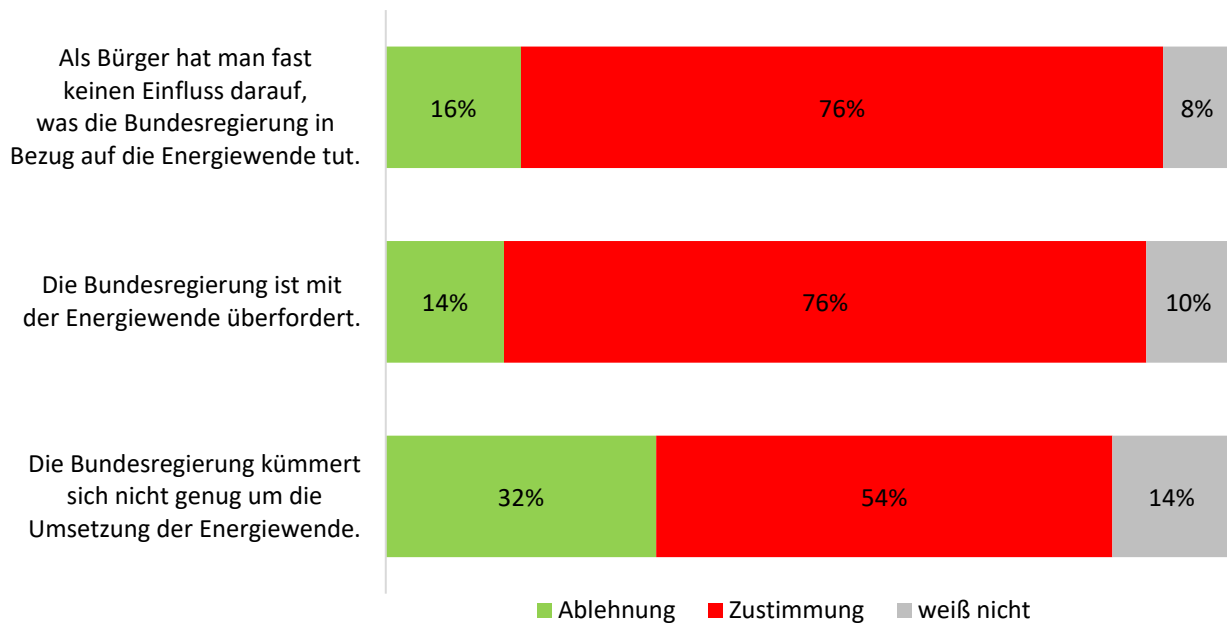


Frage: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Anmerkung. n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu /2 = stimme weniger zu); Zustimmung (3 = stimme eher zu/4 = stimme voll zu)

Noch negativer sind die Einschätzungen der Bürger hinsichtlich ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten (Abbildung 17). Rund drei Viertel (76%) der Befragten haben den Eindruck, dass sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Bundesregierung bezüglich der Energiewende haben. Ebenso viele halten die Bundesregierung mit den Herausforderungen der Energiewende für überfordert. Zwar fällt das Urteil in Bezug auf die konkrete Umsetzung der Energiewende etwas weniger negativ aus, aber auch hier ist mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (54 %) der Ansicht, dass sich die Regierung nicht genug um die Realisierung der politischen Beschlüsse kümmert.

**Abbildung 17: Unzufriedenheit mit der Bundesregierung in Bezug auf die Energiewende**



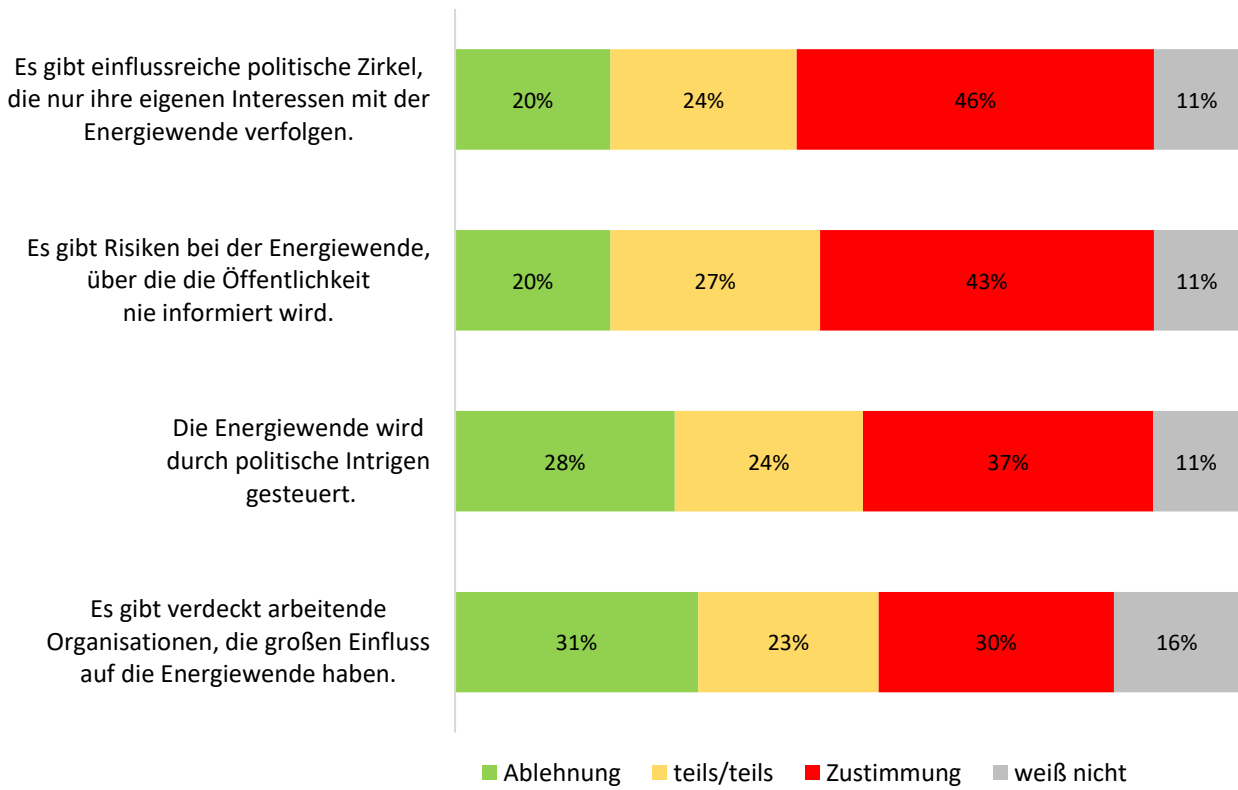
Frage: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Anmerkung. n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu / 2 = stimme weniger zu); Zustimmung (3 = stimme eher zu / 4 = stimme voll zu)

#### 7.4 Energiewende-Verschwörungsglaube

In dieses überwiegend negative Bild der Politik passt auch, dass ein erheblicher Anteil der Bürgerinnen und Bürger die Vorstellung hat, dass es sich bei der Energiewende um eine politische Verschwörung handle (Abbildung 18). Zwischen 30 und 46 Prozent der Befragten stimmen Aussagen zu, die suggerieren, dass die Energiewende ein von geheimen, intriganten Mächten beeinflusstes und gesteuertes Vorhaben sei, bei dem Risiken verheimlicht und die Öffentlichkeit hintergangen wird.

**Abbildung 18: Energiewende-Verschörungsglaube**



*Frage:* Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

*Anmerkung.* n = 2701. Ablehnung (1 = stimme gar nicht zu/2 = stimme weniger zu); teils/teils (3); Zustimmung (4 = stimme eher zu/5 = stimme voll zu)

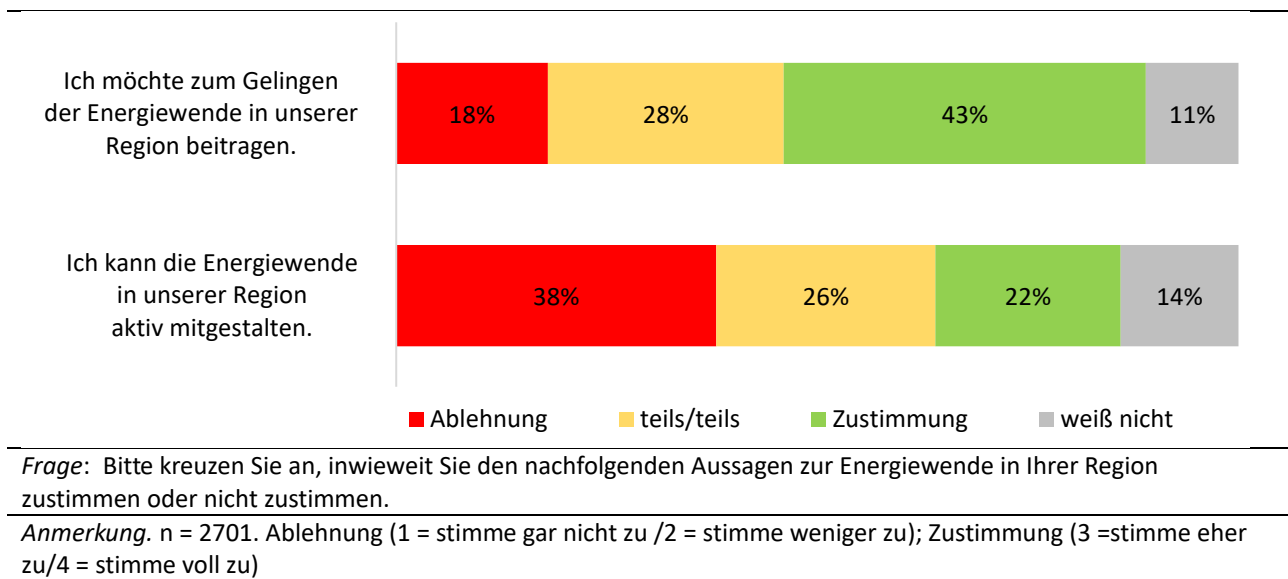




## 8. Engagement im Kontext der Energiewende

Die im vorigen Abschnitt dokumentierte skeptische Haltung gegenüber den politischen Akteuren und die hohe Zustimmung zu Verschwörungsmythen rund um die Energiewende bedeuten aber nicht, dass sich die Menschen wünschen, dass die Energiewende scheitert. Über 40 Prozent der Befragten möchten sogar selbst aktiv dazu beitragen, dass diese bei ihnen in der Region gelingt (Abbildung 19). Nur 18 Prozent lehnen eine solche aktive Rolle für sich ab. Auf der anderen Seite ist allerdings nur eine Minderheit der Meinung (22%), dass sie selbst aktiv dazu beitragen können, fast 40 Prozent sieht keine Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe.

**Abbildung 19: Eigener Beitrag zur Energiewende**



Das Gefühl, die Energiewende nicht aktiv mitgestalten zu können, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass viele praktische Aktivitäten zur Unterstützung der Energiewende an Voraussetzungen gebunden sind, die nicht bei jedem Menschen vorhanden sind. So ist beispielsweise die Installation von Solarpanels oder der Einbau einer Wärmepumpe für Menschen, die in einer Mietwohnung leben, kaum möglich. Anders verhält es sich mit der kommunikativen Partizipation. Das Schreiben von Briefen an Politikerinnen und Politiker, das Kommentieren von Internetbeiträgen, die Teilnahme an Protesten oder das Zeichnen einer Petition kann praktisch jeder machen, ohne über besondere Ressourcen zu verfügen.

Trotz dieser niedrigen Hürden ist der Anteil derjenigen, die solchen Aktivitäten bereits nachgegangen sind, eher gering (Tabelle 9). Mit Ausnahme des Kommentierens von Beiträgen zur Energiewende im Internet – was gut ein Viertel der Befragten schon mindestens einmal gemacht hat – wurden alle anderen Aktivitäten zumeist von deutlich weniger als 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger realisiert. Mit knapp 20 Prozent war nur der Anteil derjenigen, die schon einmal eine Unterschriftenaktion für die Energiewende unterstützt haben, etwas höher.

**Tabelle 9: Partizipation im Kontext der Energiewende**

	noch nie	1-2 Mal	häufiger
Beiträge zur Energiewende auf sozialen Medien/im Internet kommentiert	74%	19%	7%
Politikerinnen und Politiker in Sachen Energiewende kontaktiert	87%	9%	5%
Leserbriefe oder Onlinebeiträge zum Thema Energiewende verfasst	87%	9%	5%
Eine Unterschriftenaktion (auch online) <u>GEGEN die Energiewende</u> unterstützt	85%	10%	6%
An Protestaktion <u>GEGEN die Energiewende</u> teilgenommen	89%	8%	4%
Eine Unterschriftenaktion (auch online) <u>FÜR die Energiewende</u> unterstützt	81%	14%	6%
An Aktionen zur <u>UNTERSTÜTZUNG der Energiewende</u> teilgenommen	86%	11%	4%
<i>Frage: Welche der nachfolgenden Dinge haben Sie im Kontext der Energiewende schon gemacht?</i>			
<i>Anmerkung. n = 2701.</i>			



## 9. Resümee

Im Sommer 2023 war die Energiewende ein stark umstrittenes öffentliches Thema. Das Interesse daran war groß: Mindestens ein Drittel der Bevölkerung kam mit dem Thema häufig oder sogar sehr häufig durch Medien oder persönliche Gespräche in Kontakt. Die Berichterstattung wurde von den Befragten zum einen als facettenreich wahrgenommen – wobei vor allem die Aspekte Klimawandel und Energiepreise eine große Rolle spielten. Zum anderen wurde die Berichterstattung auch massiv kritisiert: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger war der Ansicht, dass die Medien sowohl über die Leistungsfähigkeit als auch über die Probleme der Energiewende einseitig und verzerrt berichten. Entsprechend war das Vertrauen in die Berichterstattung eher gering. Viele Menschen sagten, dass die Berichterstattung bei ihnen Sorgen auslöst und sie von der Energiewende nichts mehr sehen oder hören möchten.

Doch nicht nur die Medien und ihre Berichterstattung wurden kritisch betrachtet, auch das Vertrauen in die Kompetenzen und Leistungsfähigkeit der politischen Akteure war extrem niedrig. Keiner Partei wird von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung zugetraut, die Energiewende erfolgreich voranzubringen. Auch der amtierenden, von der Ampelkoalition gestützten Regierung, wird die Kompetenz abgestritten, die Energiewende zu meistern. Trotz der grundlegenden Reform des EEG sowie weiterer damit verbundener Gesetzgebungen ist es der Bundesregierung nicht gelungen, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass das Thema nach Jahren des Stillstandes auf einen guten Weg gebracht wurde.

Die zahlreichen Maßnahmen, die zur Beschleunigung der Energiewende eingeleitet wurden, sind offenbar in der Wahrnehmung der Bevölkerung von anderen energiepolitischen Konflikten überlagert worden – insbesondere von den Debatten um das Gebäudeenergiegesetz. Die Befürchtung, dass mit dem Gesetz hohe Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen, die von Personen mit durchschnittlichem Einkommen, Hauseigentümerinnen und -eigentümern ohne finanzielle Rücklagen nicht zu stemmen sind, hat dazu beigetragen, dass die Regierungsleistung bezüglich der Energiewende sehr negativ beurteilt wurde. Gleichzeitig verfestigte sich der Eindruck, dass die Einflussmöglichkeiten der Menschen auf die Energiepolitik nur sehr gering sind.

Die Befragung hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger vor allem auf finanzielle Belastungen, die mit der Energiewende verbunden sind oder mit ihr in Verbindung gebracht werden können, sehr ablehnend reagieren. Dabei ist die CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung die Maßnahme, die mit großem Abstand auf den stärksten Widerstand stößt. Diese Ablehnung hängt u.a. damit zusammen, dass nach Ansicht einer großen Mehrheit der Befragten die Kosten der Energiewende nicht sozial gerecht verteilt werden. Die meisten Menschen sind der Ansicht, dass vor allem die kleinen Leute die Kosten der Transformation tragen müssen.

Trotz des geringen Vertrauens in die politischen Akteure, der Kritik an den Medien und der deutlichen Ablehnung zusätzlicher finanzieller Lasten, wird die Energiewende von den meisten Menschen jedoch nicht grundsätzlich abgelehnt. Die Zustimmung zu den einzelnen Maßnahmen variiert zwar, aber selbst bei den unbeliebtesten Infrastrukturprojekten – dem Netzausbau und dem Bau von Onshore-Windkraftanlagen in Ortsnähe – finden sich deutlich mehr Befürworterinnen und Befürworter als Gegnerinnen und Gegner. Zudem erwarten die Menschen, dass die Infrastrukturmaßnahmen deutlich mehr Vorteile als Nachteile für die Regionen bringen, in der sie leben. Auf der anderen Seite bekunden viele Bürgerinnen und Bürger erhebliche Skepsis gegenüber der grundsätzlichen Machbarkeit der Energiewende. Sie bezweifeln, dass ein konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien möglich ist, und sie glauben nicht, dass die weitreichenden Klimaziele und eine größere Energieunabhängigkeit mit ihr erreicht werden können.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Energiewende im Sommer 2023 in einer verfahrenen Situation befand. Zwar werden die mit der Transformation verbundenen Infrastrukturmaßnahmen nicht grundsätzlich abgelehnt, viele Menschen bezweifeln jedoch, dass das Vorhaben insgesamt erfolgversprechend ist. Zudem wird weder den regierenden Parteien noch den Oppositionsparteien zugetraut, dass sie die Energiewende kompetent gestalten können. Darüber hinaus wird die Vermittlungsleistung der Medien äußerst kritisch beurteilt.

Zusammenfassend stellt sich demnach die Frage, ob die Energiewende unter diesen Rahmenbedingungen gelingen kann. Denn: Um die Herausforderungen zu bewältigen, die mit der Transformation verbunden sind, müssen Entscheidungen getroffen werden, die die Gesellschaft akzeptiert. Die Befragungsergebnisse haben eindeutig gezeigt, dass diese Akzeptanz insbesondere dann fraglich ist, wenn die Entscheidungen mit Kosten verbunden sind. Steuerungseffekte, wie sie durch die CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung erzielt werden sollen, lassen sich vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht vermitteln. Sie verbinden damit nur steigende Lebenshaltungskosten. Was darüber hinaus mit dem CO<sub>2</sub>-Preis erreicht werden soll, bleibt abstrakt und weit entfernt vom Alltag der Menschen.

Die Befunde der Befragung haben auch verdeutlicht, dass viele der für die Energiewende wesentlichen Veränderungen des Energiesystems den meisten Menschen völlig unbekannt sind. Nur eine kleine Minderheit hat eine Vorstellung davon, was damit verbunden ist. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass sich die breite Bevölkerung notwendiges Wissen aneignen wird, oder sich mit den zugrundeliegenden Ideen und Mechanismen auseinandersetzt. Notwendig ist vielmehr, dass in der Bevölkerung das Vertrauen entsteht, dass die Veränderungen einerseits notwendig und sinnvoll sind, andererseits kompetent und gerecht umgesetzt werden. Nur dann kann die Transformation gelingen.

Angesichts des weit verbreiteten Glaubens, die Energiewende werde von einer Verschwörung gesteuert und der großen Skepsis, mit der alle politischen Akteure konfrontiert sind, ist es fraglich, wer die notwendige Führungsaufgabe übernehmen kann. Der einzigen Akteursgruppe, der beim Thema Energiewende von der Mehrheit der Bevölkerung Vertrauen entgegengebracht wird, ist die Wissenschaft. Vergleichsweise hoch sind darüber hinaus nur noch die Kompetenzzuschreibungen an ausgewählte Wirtschaftsakteure. Allerdings kann weder die Wissenschaft noch die Wirtschaft die notwendige politische Führung übernehmen.

Alles in allem besteht aktuell wenig Hoffnung, dass sich an dieser recht verfahrenen Situation etwas ändert. Es scheint so als seien politische Eliten entweder nicht Willens oder nicht mutig genug, entschlossene Schritte für eine grundlegende Erneuerung unseres Energiesystems einzuleiten. Dabei geht es um weit mehr als um den Bau von Windkraftanlagen, Solarpanels und Leitungssystemen oder um die Nutzung innovativer Technologien. Eine erfolgreiche Energiewende benötigt auch soziale Innovationen in Form von mehr Bürgerbeteiligung - es geht um die Entwicklung eines Energiesystems in Bürgerhand. Weite Teile der Bevölkerung sind nicht bereit sich auf diesen Veränderungsprozess einzulassen und offensichtlich mit der Komplexität der Energiewende überfordert. Dieser pessimistischen Einschätzung steht allerdings der Befund entgegen, dass viele Menschen sich durchaus in die Umsetzung der Energiewende einbringen möchten, dazu aber derzeit keine Möglichkeiten sehen. Von daher erscheint es dringend geboten all denjenigen, die aktiv werden wollen, auch die Möglichkeit dazu zu geben. Auch hier ist die Politik gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können. Wenn dies nicht gelingt, ist allerdings zu befürchten, dass weder die Bevölkerung noch die Wirtschaft die Chancen, die mit diesem Erneuerungsprozess verbunden sind, nutzen werden können.

Es zeichnet sich ab, dass es den politischen und wirtschaftlichen Kräften, die die Energiewende verhindern oder zumindest aufhalten wollen, gelingen wird, den notwendigen Transformationsprozess deutlich zu verlangsamen. Dadurch wird der ökonomische Nutzen, der für das Land entstehen könnte, deutlich geringer ausfallen als es möglich gewesen wäre. Darüber hinaus werden alle Menschen die Auswirkungen der Klimakrise deutlich heftiger spüren, als wenn die Energiewende früher vollzogen worden wäre. Die ökonomischen und sozialen Folgen einer sich verschärfenden Klimakrise werden – nach heutigem Kenntnisstand – die Kosten der Energiewende bei Weitem übersteigen. Eine Politik, die solche zukünftigen Kosten durch gegenwärtige finanzielle Ausgaben abfedern will, ist jedoch politisch schwer durchzusetzen. Sie kann nur gelingen, wenn auch die Vorteile einer Energiewende für die gegenwärtigen Generationen deutlich werden.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Energiewende geben wird. Letztlich wird eine Umstellung auf erneuerbare Energien in jedem Fall stattfinden, spätestens dann, wenn die fossilen Ressourcen immer knapper und damit immer teurer werden. Für den mit der Energiewende verbundenen Nutzen für den Klimaschutz wird es dann jedoch zu spät sein.



## Abbildungen

Adobe Stock Bilder verfügbar über Bildungseinrichtungslizenz der TUI:

Titel, #136598887, #317478937, #434991541

S.7, #495877161

S.8, #9481198

S.14, #117082264

S.15, #60278810

S.19, #226315655

S.22, #472013229

S.23, #161492571

S.26, #388578487

S.27, #632668409

S.30, #512142877

S.34, #224586715, #192440708

S.36, #235537592

S.39, #38795287

## Literatur

Arlt, D., Schaller, S. & Wolling, J. (2022): Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung im Vorfeld der Bundestagswahl 2021. Ilmenau. Online verfügbar: <https://doi.org/10.22032/dbt.51678> [13.02.2024]

BMWK (2023). Entwurf eines Klimaschutzprogramms 2023 der Bundesregierung. Online verfügbar: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/klimaschutz/entwurf-eines-klimaschutzprogramms-2023-der-bundesregierung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/klimaschutz/entwurf-eines-klimaschutzprogramms-2023-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=6) [13.02.2024]

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2023): Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6) Beitrag der Arbeitsgruppe II: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Online verfügbar: [https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_AR6-WGII\\_deutsch.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-WGII_deutsch.pdf) [13.02.2024]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021): Die Energie der Zukunft 8. Monitoring-Bericht zur Energiewende – Berichtsjahre 2018 und 2019. Online verfügbar: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/achter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/achter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft.pdf?__blob=publicationFile&v=1) [13.02.2024]

Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2023a). Politbarometer Juni I 2023. Online verfügbar: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2023/Juni\\_I\\_2023/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/Juni_I_2023/) [13.02.2024]

Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2023b). Politbarometer Juli 2023. Online verfügbar: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2023/Juli\\_2023/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/Juli_2023/) [13.02.2024]